STADT MEERBUSCH

2008 Beteiligungsbericht

STADT MEERBUSCH

Bericht
über die Beteiligungen der Stadt Meerbusch an Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(Berichtszeitraum 01.01.2008 - 31.12.2008)

Meerbusch, den 08. Dezember 2009

Dieter Spindler
Bürgermeister

1. VORBEMERKUNGEN 3

2. ÜBERSICHT ÜBER DIE BETEILIGUNGEN DER STADT MEERBUSCH AM GEZEICHNETEN KAPITAL DER UNTERNEHMEN 3

3. RECHTLICHE GRUNDLAGEN DES BETEILIGUNGSBERICHTES 4

3.1 RECHTLICHE GRUNDLAGEN DER WIRTSCHAFTLICHEN BETÄTIGUNG 4
3.2 VERTRETUNG IN DEN GREMIEN DER UNTERNEHMEN 6
3.3 RECHTE DER KOMMUNALEN GESELLSCHAFTER 6
3.4 BEKANNTMACHUNG DES BETEILIGUNGSBERICHTES 7

4. BETEILIGUNGSSTRUKTUR 9

5. WBM - WIRTSCHAFTSBETRIEBE MEERBUSCH GMBH 13

5.1 BILANZ ZUM 31.12.2008 14
5.2 GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG ZUM 31.12.2008 15
5.3 AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT FÜR DAS JAHR 2008 16

6. WASSERNETZ OSTERATH GMBH 23

6.1 BILANZ ZUM 31.12.2008 24
6.2 GEWINN- U. VERLUSTRECHNUNG 25
6.3 AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT FÜR DAS JAHR 2008 26

7. STADTWERKE SERVICE MEERBUSCH WILLICH GMBH & CO. KG 29

7.1 BILANZ ZUM 31.12.2008 30
7.2 GEWINN- U. VERLUSTRECHNUNG VOM 21. JULI – 31. DEZEMBER 2008 31
7.3 AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT FÜR DAS JAHR 2008 32

8. VERKEHRSGESELLSCHAFT KREIS NEUSS MBH 35

9. GWG - GEMEINNÜTZIGE WOHNUNGSGESELLSCHAFT FÜR DEN KREIS VIERSEN AG 37

9.1 BILANZ ZUM 31.12.2008 39
9.2 GEWINN- U. VERLUSTRECHNUNG 40
9.3 AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT FÜR DAS JAHR 2008 40

10. BAUVEREIN MEERBUSCH EG 47

10.1 BILANZ ZUM 31.12.2008 49
10.2 GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 50
10.3 DARSTELLUNG DER LAGE 51

11. LOKALRADIO KREIS NEUSS GMBH & CO KG 53

11.1 BILANZ ZUM 31.12.2008 55
11.2 GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 56

12. IT-KOOPERATION RHEINLAND 57

12.1 BILANZ ZUM 31.12.2008 58
12.2 GEWINN- U. VERLUSTRECHNUNG 59
12.3 AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT FÜR DAS JAHR 2008 60

1. Vorbemerkungen

§ 112 Abs. 3 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW in der bis zum 31.12.2004 geltenden Fassung) i.V.m § 3 Abs. 2 NKF Einführungsgesetz NRW verpflichtet die Gemeinden zur Information der Ratsmitglieder und der Einwohner einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen und jährlich fortzuschreiben. Der Bericht soll insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks der kommunalen Beteiligung, die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen, die Beteiligungsverhältnisse und die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaften enthalten.

Der Beteiligungsbericht umfasst die Beteiligungen der Stadt Meerbusch nach dem Stand zum 31.12.2008. Hinsichtlich der Kreisverkehrsgesellschaft liegt zurzeit kein Geschäftsbericht 2008 vor. Der erste Bericht über die Beteiligungen der Stadt Meerbusch wurde nach dem Stand zum 31.12.1995 am 01.06.1996 erstellt.

Letzter Bericht (14. Fortschreibung nach dem Stand zum 31.12.2007):
- Informationsvorlage an den Rat am 18.12.2008
- Amtliche Bekanntmachung am 22.12.2008
  Frist zur Einsichtnahme 12.01.2009 – 15.01.2009 und 19.01.2009 – 22.01.2009 sowie vom 26.01.2009 – 29.01.2009

2. Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Meerbusch am gezeichneten Kapital der Unternehmen

Unternehmen	Beteiligung 01.01.2008	v.H.	Beteiligung 31.12.2008	v.H.	Zweck des Unternehmens	Beginn der Beteiligung
Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH	6.135.502,57 €	60,00	6.135.502,57 €	60,00	Versorgung der Bevölkerung mit Gas und Wasser (außer Ortsteil Osterath)	25.05.1994
Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG		50,00	indirekt über wbm	50,00	Erbringung von Serviceleistungen im Bereich der Energie- und Wasserversorgung für Versorgungsunternehmen	21.07.2008
WNO Wassernetz Osterath GmbH	25.000,00 €	100,00	25.000,00 €	100,00	Versorgung der Bevölkerung mit Wasser im Ortsteil Osterath	27.08.2004
Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss GmbH	2.045,16 €	8,00	2.045,16 €	8,00	Planung, Organisation und Finanzierung des ÖPNV im Kreis Neuss	01.01.1996
GWG Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG	234.057,60 €	2,88	234.057,60 €	2,88	Errichtung und Bewirtschaftung in eigenem Namen sowie Verwaltung von Wohnungen	01.01.1970
Bauverein Meerbusch eG	75.928,05 €	4,71	75.928,05 €	4,71	Errichtung und Bewirtschaftung in eigenem Namen sowie Verwaltung von Wohnungen	11.03.1950
Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co KG	15.400,00 €	2,00	15.400,00 €	2,00	Veranstaltung und Verbreitung von lokalem Rundfunk im Verwaltungsgebiet Kreis Neuss	24.08.1990
ITK Rheinland	8.000,00 €	8,00	8.000,00 €	8,00	Bereitstellung technikunterstützter Datenverarbeitung für die Verbandsmitglieder	01.01.1999

3. Rechtliche Grundlagen des Beteiligungsberichtes

3.1 Rechtliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung

Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt gelten die Vorschriften der Gemeindeordnung. Die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung ist in den §§ 107 bis 115 GO NRW geregelt.

§ 107 Abs. 1, Ziffer 1. - 3. GO NRW regelt, dass sich Gemeinden zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen dürfen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschl. der Telefondienstleistungen, der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Hierbei ist als wirtschaftliche Betätigung der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

Somit ist die Gemeindewirtschaft begrenzt durch den öffentlichen Zweck. Hierbei handelt es sich um eine Ausformung des allgemeinen Rechtsstaatsprinzips, wonach alle staatliche Tätigkeit auf das Gemeinwohl als Staatszweck begrenzt ist. Dieser Grundsatz wird durch § 1 GO NRW bekräftigt, der die Gemeinde verpflichtet, ihr Gebiet zum Besten ihrer Einwohner zu verwalten. Mit der Bindung der Gemeindewirtschaft an einen öffentlichen Zweck soll die wirtschaftliche Betätigung auf das erforderliche Maß beschränkt werden. Bei der Entscheidung darüber, ob eine Beteiligung durch einen öffentlichen Zweck veranlasst ist, steht der Stadt ein eigener Beurteilungsspielraum zu, der durch die Justiz bzw. Kommunalaufsicht nur eingeschränkt nachprüfbar ist.

Bei der Gründung oder der Beteiligung an einer Einrichtung muss sich die Stadt gem. § 8 Abs. 1 GO NRW innerhalb der Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit bewegen und darf sie nur zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Betreuung seiner Einwohner schaffen.

Als wirtschaftliche Betätigung gilt nach § 107 Abs. 2 GO NRW nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
   - Erziehung, Bildung und Kultur (z. B. Kindergärten, Schulen, Volkshochschulen, Museen)
   - Sport und Erholung (Sportanlagen, Bäder)
   - Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Senioren- und Behindertenheime)
3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschafts- und Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung, sowie des Messe- und Ausstellungswesens und
5. Einrichtungen, die als Hilfsbetriebe ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

§ 107 Abs. 5 GO NRW sieht vor, dass die Gemeinde vor einer Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen den Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische

Wirtschaft zu unterrichten hat. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und den für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
Während sich § 107 GO NRW auf alle kommunalen Unternehmen unabhängig von der Rechtsform bezieht, wird die Beteiligung an privatrechtlich organisierten Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gesondert in § 108 GO NRW geregelt.

Voraussetzungen für die Gründung einer kommunalen Beteiligungsgesellschaft oder die Übernahme von Anteilen eines bestehenden Unternehmens sind nach § 108 GO NRW, dass

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1 GO NRW) die Voraussetzungen des § 107 GO NRW, Abs. 1 Satz 1 gegeben sind,
2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NRW) die Voraussetzungen des § 8 Abs. 1 GO NRW gegeben sind und ein wichtiges Interesse der Stadt an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Stadt auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
4. die Einzahlungsverpflichtung in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt steht,
5. die Stadt sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
6. die Stadt einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert ist,
7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird, und
8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden.

Weiter bestimmt die Gemeindeordnung in § 108 Abs. 3 GO NRW eine Subsidiarität für Aktiengesellschaften. Will die Stadt eine Aktiengesellschaft errichten, übernehmen oder sich daran beteiligen, hat sie den Nachweis zu führen, dass der zugrunde liegende öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform, etwa in der Rechtsform der GmbH erfüllt werden kann. Die Regelung in § 108 Abs. 4 GO NRW schreibt fest, dass die Stadt Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen darf, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages sichergestellt ist, dass die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

1. den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
2. den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
3. den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses und
4. die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist.

Darüber hinaus ist durch ausdrückliche Bestimmung im Gesellschaftsvertrag sicherzustellen, dass bei einer GmbH, bei der die Bestellung eines Aufsichtsrates nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, der Gemeinderat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrates Weisungen erteilen kann.
Die Hauptvoraussetzung für eine Beteiligung ist nach § 109 Abs. 1 GO NRW die nachhaltige Erfüllung des öffentlichen Zwecks. Soweit diese nicht gefährdet ist, sollen Unternehmen einen Ertrag für den städtischen Haushalt abwerfen.

Die Vorschriften des § 114 a GO NRW erweitern das Angebot an Rechtsformen des öffentlichen Rechts für die wirtschaftliche Beteiligung. Über § 114 a GO NRW sind die Kommunen ermächtigt, Unternehmen und Einrichtungen auch in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts zu gründen.

3.2 Vertretung in den Gremien der Unternehmen

Soweit die Stadt an juristischen Personen oder Personenvereinigungen beteiligt ist, hat sie das Recht, Vertreter in deren Organe zu entsenden. Die Regelungen zur Vertretung der Stadt in Unternehmen und Einrichtungen sind in § 113 GO NRW zusammengefasst worden.
Zur Sicherung gemeindlicher Einflussmöglichkeiten nach § 108 Abs. 1 Nr. 6 GO NRW vertreten durch den Rat der Stadt bestellte Vertreter die Interessen der Stadt in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personalvereinigungen, an denen die Stadt beteiligt ist.
Der Rat kann nach eigenem Ermessen entscheiden, wen er als Vertreter bestellen will. Er ist in seiner Auswahl nicht beschränkt auf Mandatsträger oder Bedienstete der Verwaltung. Falls zwei oder mehr Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter der Stadt dazu zählen. Die Vertreter der Stadt sind an die Beschlüsse des Rates und der Ausschüsse gebunden, soweit nicht gesellschaftliche Bestimmungen entgegenstehen, und haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen.

3.3 Rechte der kommunalen Gesellschafter

Gehören der Stadt unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Anteile oder der vierte Teil der Anteile und stehen ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts zu, so soll sie nach § 112 Abs. 1 GO NRW

- die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) ausüben,
- darauf hinwirken, dass ihr die in § 54 des HGrG vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

§ 53 HGrG bestimmt, dass eine Gebietskörperschaft verlangen kann, dass das Unternehmen

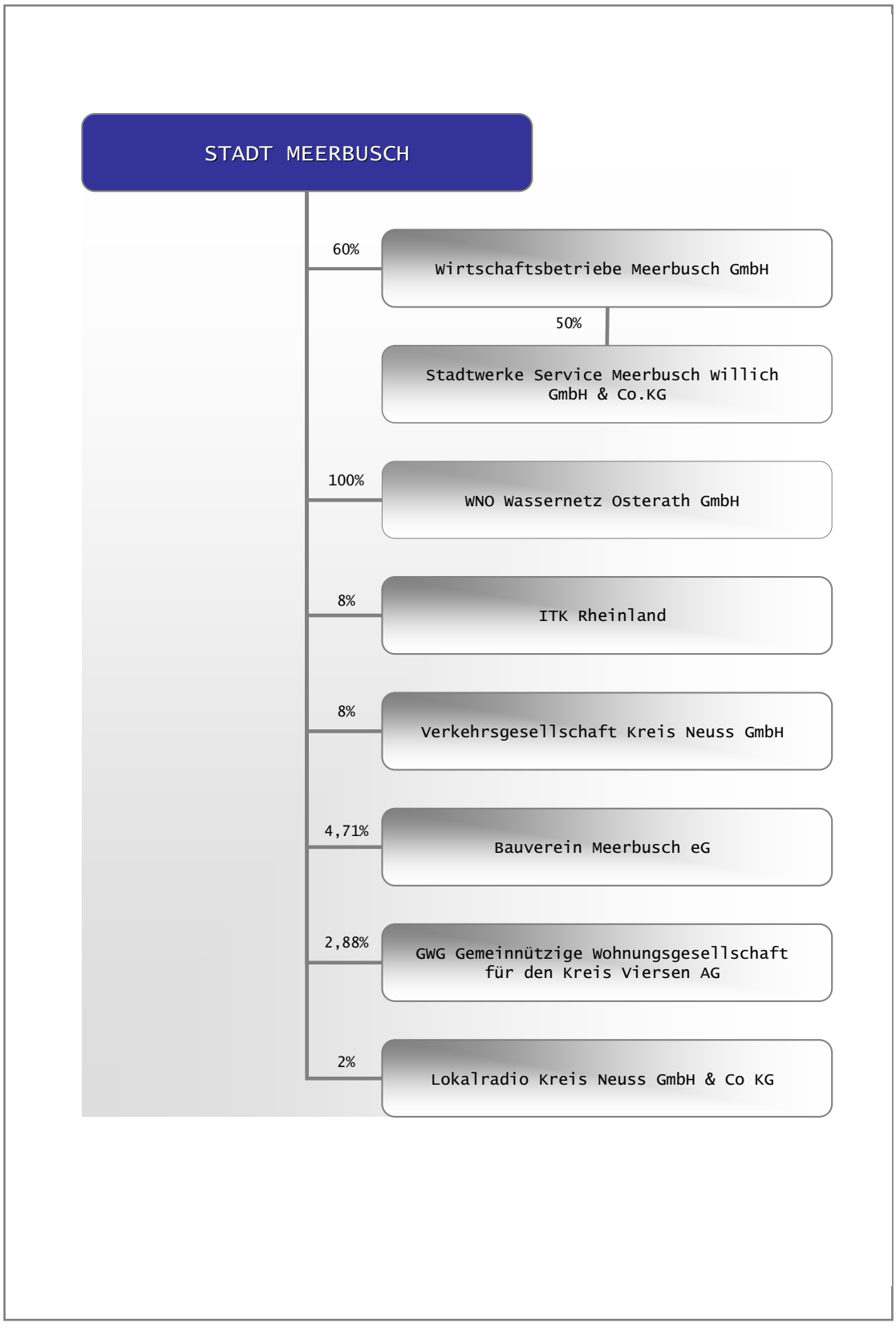
1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt,
2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
   - die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
   - verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
   - die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages,
3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

Nach § 54 HGrG kann in den Fällen des § 53 im Gesellschaftsvertrag mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann. Die Soll-Vorschrift des § 112 GO NRW wird durch die dazu erlassene Verwaltungsvorschrift insoweit verstärkt, als davon nur aus zwingenden Gründen, die im Einzelfall aktenkundig zu machen sind, abgewichen werden darf.

3.4 Bekanntmachung des Beteiligungsberichtes

Die Einsichtnahme in den Beteiligungsbericht ist nach § 112 Abs. 3, 3. bis 5 Satz GO NRW jedermann gestattet. Die Stadt hat den Bericht zu diesem Zweck bereitzuhalten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

4. Beteiligungsstruktur



BETEILIGUNGEN

DER STADT MEERBUSCH

5. wbm - Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH

Anschrift	Hochstraße 1 40670 Meerbusch
Gründungsdatum	25.05.1994
Gesellschaftsvertrag	25.05.1994
Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens ist die öffentliche Versorgung mit Gas, Wasser und Strom sowie die Betriebsführung für Einrichtungen der Stadt Meerbusch. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten und Anlagen der öffentlichen Energie- und Wasserversorgung verpachten.
Stammkapital	10.225.837,62 €
Bewertung der städtischen Beteiligung (60%) anhand des Ertragswertes zum 01.01.2007	22.721.700,00 €
Organe	
Aufsichtsrat	10 Mitglieder: 6 Stadt Meerbusch, 4 Rhenag
Gesellschafterversammlung	6 Mitglieder: 5 Stadt Meerbusch, 1 Rhenag
Geschäftsführung	Dipl.-Ing. Manfred Weigand
Mitglieder der Stadt Meerbusch im Aufsichtsrat	Dieter Spindler – Bürgermeister (Vorsitzender) Werner Damblon - Ratsmitglied Thomas Jung - Ratsmitglied Leo Jürgens - Ratsmitglied Wolf Meyer-Ricks - Ratsmitglied Winfried Sandt - Ratsmitglied
Mitglieder der Stadt Meerbusch in der Gesellschafterversammlung	Dieter Spindler – Bürgermeister (Vorsitzender) Herbert Becker - Ratsmitglied Holger Losse - Ratsmitglied Heinz Ruyter - Ratsmitglied Petra Schoppe - Ratsmitglied

Gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrages unterliegen u.a. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung. Im Beschluss über die Ergebnisverwendung können die Gesellschafter Beträge in Gewinnrücklagen einstellen oder als Gewinn vortragen. Der Beschluss über die Ergebnisverwendung bedarf einer Mehrheit von 75 % der Stimmen aller Gesellschafter. Laut Bericht des Aufsichtrates hat die Geschäftsführung den Aufsichtsrat regelmäßig mündlich oder schriftlich über die Lage und Entwicklung

des Unternehmens unterrichtet. Der Aufsichtrat hat Geschäftsvorgänge von wesentlicher Bedeutung mit der Geschäftsführung beraten und bei Entscheidungen im Rahmen der ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben mitgewirkt. Der Prüfbericht wurde fristgerecht erstellt. Dem Vorschlag über die Gewinnverwendung hat sich der Aufsichtsrat angeschlossen.

5.1 Bilanz zum 31.12.2008

AKTIVA	**31.12.2008 T€**	**31.12.2007 T€**
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	299	494
Sachanlagen	32.958	31.828
Finanzanlagen	129	65
	33.386	**32.387**
Umlaufvermögen		
Vorräte	434	324
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	14.788	14.606
Flüssige Mittel	749	961
	15.971	**15.891**
Rechnungsabgrenzungsposten	234	266
	49.591	**48.544**

PASSIVA	**31.12.2008 T€**	**31.12.2007 T€**
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	10.226	10.226
Kapitalrücklagen	3.205	3.205
Gewinnrücklagen	2.572	2.222
Bilanzgewinn	1.710	2.383
	17.713	**18.036**
Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskostenbeiträge	4.864	5.019
Rückstellungen	1.600	633
Verbindlichkeiten	25.374	24.816
Rechnungsabgrenzungsposten	40	40
	49.591	**48.544**

5.2 Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2008

Für den Zeitraum vom 01.01. - 31.12.2008	2008 T€	2007 T€
1. Umsatzerlöse	25.012	21.311
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	220	111
3. Sonstige betriebliche Erträge	6.045	5.889
4. Materialaufwand	-17.636	-12.372
5. Personalaufwand	-1.732	-2.623
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-2.770	-2.833
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.268	-5.495
8. Erträge aus Beteiligungen	48	0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	169	164
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-548	-600
11. **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**	**2.540**	**3.552**
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		
a) Ertragssteuern laufendes Jahr	-821	-1.157
b) Ertragssteuern Vorjahre	0	0
13. Sonstige Steuern	-12	-13
14. Jahresüberschuss	**1.707**	**2.382**
15. Gewinnvortrag aus Vorjahr	3	1
16. Bilanzgewinn	**1.710**	**2.383**

5.3 Auszug aus dem Lagebericht für das Jahr 2008

Ergebnis und Erträge

Die wbm konnte das Geschäftsjahr 2008 erfolgreich gestalten und einen Jahresüberschuss von 1.707 T€ erwirtschaften.

Der Geschäftsbereich der wbm umfasst die vier Sparten: Wasserversorgung, Gasversorgung, Stromversorgung (Verpachtung Stromnetz an RWE, Inkasso und Kundenberatung für RWE) sowie die Betriebsführung Wassernetz Osterath.

Das Berichtsjahr 2008 hatte mit 348 Mio. kWh wieder einen normalen Erdgasabsatz, was im Wesentlichen auf die kühlere Witterung gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen ist. So ist auch die Steigerung im Geschäftsfeld Mehrwärme/Contracting von 5,7 auf 5,9 Mio. kWh hauptsächlich auf die Witterung zurückzuführen. Unabhängig entwickelte sich der Gasabsatz an der Erdgastankstelle von 1,1 auf 1,5 Mio. kWh recht erfreulich.

Die für den Bezug maßgeblichen Heizölnotierungen bewegten sich vom Frühherbst 2007 bis zum Mitte des Jahres 2008 kontinuierlich nach oben und erreichten im Frühherbst 2008 mit rund 150 Dollar je Barrel einen historischen Höchstwert. Entsprechend den bezugsvertraglich vereinbarten vierteljährlichen Preisanpassungen mussten in 2008 viermal die Erdgasverkaufspreise um insgesamt 1,37 Cent erhöht werden. Hierbei hat die wbm bei jeder Bezugspreiserhöhung ihre Abgabepreise nicht vollständig weitergegeben, so dass den Bezugspreiserhöhungen von 1,68 Cent – Verkaufspreiserhöhungen von 1,37 Cent gegenüberstanden. Diese Preiszurückhaltung hat sich in einem Mindererlös in der Erdgassparte deutlich ausgewirkt. Glücklicherweise sind die Ölpreise ab August 2008 wieder drastisch gefallen, wodurch in 2009 Preissenkungen von insgesamt 1,98 Cent möglich wurden, was einer Preisreduzierung von insgesamt 33,7 % entspricht.

Die Wasserabgabe ist unabhängig von witterungsbedingten Schwankungen tendenziell leicht rückläufig. Unter diesem Aspekt war die Entscheidung, eine Verbindungsleitung vom Wasserversorgungsgebiet Lank zum Versorgungsgebiet Büderich zu bauen und ein Teilgebiet von Büderich aus dem Wasserwerk Lank zu versorgen, eine richtige Entscheidung. Dadurch konnte die Wasserproduktion im Wasserwerk Lank trotzdem von 1.125 Tm³ in 2007 auf 1.204 Tm³ in 2008 gesteigert werden. Von der Gesamtwasserabgabe von 2,212 Mio. m³ mussten nur noch 1.073 Tm³ zugekauft werden. Die Wasserverluste lagen bei ca. 60 Tm³.

Die Ertragslage in der Stromversorgung ist im Wesentlichen durch die Positionen Pachterlöse, Inkassoentgelt und Leasingraten geprägt und damit weitgehend vom Stromverkauf der RWE unabhängig.

Mit Gründung der WNO-Wassernetz Osterath GmbH in 2004 wurde ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Integration des Wassernetzes Osterath in die wbm getan. Die Gesellschaftsanteile an der WNO-Wassernetz Osterath GmbH werden zu 100 % von der Stadt Meerbusch, die auch die Gesellschafteranteile des Wasserwerks des Kreises Viersen GmbH, der Vorgängergesellschaft der WNO hielt, gehalten. Die WNO-Wassernetz Osterath GmbH wird bis zu einer angedachten Einbringung in die wbm voll umfänglich von der wbm betriebsgeführt.

Investitionen

Die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen erhöhen sich im Berichtsjahr von 32.322 auf 33.257 T€. Insgesamt wurden 4.244 T€ investiert. Damit überschreiten die Investitionen die Abschreibungen um 1.474 T€.

Ein beträchtlicher Teil der Investitionen entfällt mit 1.030 T€ auf den Bereich der Gasversorgung. Hierbei wurden 312 T€ für die Erneuerung von vorhandenen Gasanlagen und 460 T€ in die Netzerweiterung für 3,7 km Rohrleitungen investiert. Mit 191 T€ wurden 108 neue Hausanschlüsse erstellt.

In dem Geschäftsfeld Mehrwärme/Wärmecontracting fielen 14 T€ an. Zurzeit betreiben die wbm 72 Wärmeanlagen mit insgesamt 191 Wohneinheiten.

Im Bereich der Wasserversorgung wurden insgesamt 2.482 T€ investiert. Mit einem Aufwand von 2.110 T€ wurden insgesamt 8,2 km Faserzementrohre, im Wesentlichen mit den Durchmessern DN 100 und 150, erneuert. Damit hat die wbm die bei der Wasserpreiserhöhung zugesagten Rohrnetzerneuerungen im vollen Umfang erfüllt. in die Erweiterung des Leitungsnetzes wurden 146 T€ für 1,5 km Wasserleitungen investiert. Für 85 neue Hausanschlüsse wurden Investitionen von 151 T€ getätigt; für Messeinrichtungen 55 T€ und für das Wasserwerk 19 T.

Die Investitionen im Bereich des Stromnetzes betrugen 609 T€.

Die wbm hat im Berichtsjahr 2008 die Erweiterung und Verdichtung des Versorgungsnetzes sowie die notwendigen Erneuerungen an den Gas-, Wasser- und Stromversorgungsanlagen planmäßig durchgeführt, so dass die Versorgung der Bevölkerung sowohl qualitativ als auch quantitativ jederzeit sichergestellt war.

Die im Lagebericht und im Anhang gegebenen Erläuterungen legen dar, dass das Unternehmen der öffentlichen Zielsetzung – die öffentliche Versorgung mit Gas, Wasser und Strom sowie Betriebsführung für Einrichtungen der Stadt durchzuführen – voll entsprochen hat.

Vermögens- und Finanzstruktur

Das Gesamtvermögen der wbm beträgt 49.591 T€, wobei das mittel- und langfristig gebundene Vermögen mit 33.607 T€ einen Anteil von ca. 68 % und das kurzfristig gebundene Vermögen mit 15.984 T€ einen Anteil von rund 32 % ausmacht.
Das wirtschaftliche Eigenkapital hat sich um 280 T€ auf 18.795 T€ erhöht. Die Eigenkapitalquote liegt mit 35,7 %, verursacht durch die höhere Bilanzsumme, um 2,4%-Punkte unter dem Wert des Vorjahres.
Das langfristig gebundene Vermögen wird zu 92,4 % durch das wirtschaftliche Eigenkapital plus lang- und mittelfristiges Fremdkapital gedeckt. Das kurzfristige Vermögen deckt zu 86,3 % das kurzfristige Fremdkapital (Liquidität 2. Grades).

Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt im Berichtsjahr 6,2 % gegenüber 8,5 % im Vorjahr. Die Eigenkapitalrentabilität verringert sich um 5,6 %-Punkte auf 13,5 %. Die Umsatzrentabilität beträgt 2008 10,1 % und liegt damit um 6,5 %-Punkte über dem Vorjahreswert. Bei diesen Kennzahlen zur Ertragslage ist zu berücksichtigen, dass sich das Kapital gegenüber dem Vorjahr erhöht hat.
Die Vermögens- Finanz- und Ertragslage der wbm während des gesamten Geschäftsjahres 2008 war ordentlich, die erforderliche Liquidität war immer gegeben.

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2008 beträgt 1.709.801,13 €, er resultiert aus einem Jahresüberschuss von 1.706.658,83 € und einem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr von 3.142,30 €.
Die Geschäftsführung schlägt vor, von dem ausgewiesenen Bilanzgewinn 1.350 T€ auszuschütten; 350 T€ in die Gewinnrücklage einzustellen und 9.801,13 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Risiken und Chancen

Die Risikobewertung der wbm hat das Ziel, Risiken möglichst frühzeitig zu erkennen und so weit wie möglich zu vermeiden bzw. evtl. Risiken zu beobachten, ggf. zu kontrollieren und durch angemessene Maßnahmen Vorsorge zu treffen. Verträge jeglicher Art mit darin eingebetteten Derivaten oder Währungsrisiken bestehen nicht.

Betriebsrisiken werden durch die strikte Einhaltung des Regelwerkes klein gehalten. Es findet kontinuierlich die erforderliche Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter statt. Den erkennbaren Risiken wird, so weit handelsrechtlich zulässig, durch angemessene Rückstellungen wie auch durch einen umfangreichen Versicherungsschutz, der regelmäßig überprüft wird, ausreichend Rechnung getragen.

Wettbewerbsrisiken entstehen mit Öffnung der Energiemärkte, die Veränderungen des Kundenbestandes zulassen aber andererseits eine optimierte, flexible Energiebeschaffung ermöglichen. Die wbm hat hierzu bereits in 2006 eine Stelle Energiedatenmanagement geschaffen und beginnt ein Bezugsportfolio aufzubauen, um die neuen Möglichkeiten des strukturierten Gasbezuges zu nutzen.
Als Reaktion auf die zunehmenden Wettbewerbsrisiken und die Anreizregulierung für das Gasnetz betreibt die wbm seit Mitte 2007 Vorarbeiten für eine Kooperation mit den Stadtwerken Willich, um durch eine Verbreiterung der Ressourcen und Kapazitäten in den Bereichen Netze, Service, Einkauf und Vertrieb, die Zunahme der Komplexität der Prozesse in diesen Bereichen auf eine breitere Basis zu stellen und damit die Risiken minimieren zu können.

Zur Absicherung von Risiken, die sich aus der jüngsten Rechtssprechung, hinsichtlich der Preisgleitklauseln in Sonderverträgen und der Mehrerlösabschöpfung bei den Netzentgelten ergeben, wurden Rückstellungen in Höhe von 1.135 T€ gebildet. Hierbei wurden die berechneten Mehrerlöse aus dem Zeitraum zwischen Beantragung und Genehmigung der Netzentgelte mit 800 T€ in voller Höhe zurückgestellt.
Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios der wbm lässt die Aussage zu, dass in 2008 keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdeten Risiken bestanden haben und aus heutiger Sicht auch für die Zukunft nicht erkennbar sind.

Aktivitäten und Ausblick

Beginnend mit dem Jahr 2006 hat die wbm erhebliche Anstrengungen unternommen, um die durch das neue Energiewirtschaftsgesetz geschaffenen neuen rechtlichen Rahmenbedingungen zu erfüllen. Dieses Gesetz hat den Rahmen für das unternehmerische Handeln, auch der wbm, stark verändert. Durch die vom Gesetzgeber geforderte Trennung von Energieerzeugung, Transport und Verteilung, mussten auch bei der wbm organisatorische Veränderungen vorgenommen werden.

Um die Netze auch fremden Vertrieben diskriminierungsfrei zu regulierten Bedingungen zur Verfügung stellen zu können, wurde es erforderlich, bei der wbm Vertrieb und Netz organisatorisch und informatorisch zu trennen; so dass die wbm nunmehr vier Bereiche mit je einem Bereichsleiter vorhält: Netz, Vertrieb, Kundenservice und Finanzen.

In 2006 ist die wbm der Vereinbarung über die Kooperation gem. § 20 Absatz 1b EnWG zwischen den Betreibern von in Deutschland gelegenen Gasversorgungsnetzen beigetreten. Wir haben uns damit verpflichtet, den Netzzugang zu unserem Verteilnetz, allen Transportkunden diskriminierungsfrei zu gewähren. Zwischenzeitlich wurde von der Bundesnetzagentur das Zweivertragsmodell bindend vorgeschrieben und bei der wbm die entsprechenden Maßnahmen zur Umsetzung durchgeführt.

Um die geforderte Trennung von Netz und Vertrieb auch in den Arbeitsprozessen sicherzustellen und zu dokumentieren, wurde ein Gleichbehandlungsprogramm (für alle Vertriebe) aufgestellt, die Mitarbeiter geschult und zur Einhaltung verpflichtet.

Die vielfachen Aufgaben des neuen Energiewirtschaftsgesetzes machten es erforderlich, die Stelle eines Regulierungsdaten- und Energiedaten-Managers zu schaffen, der darüber wacht, dass die Berichts- und Veröffentlichungspflichten eingehalten und die Umsetzungspflichten aus dem Gesetz wahrgenommen werden.

Die Einstellung eines eigenen EDV-Sachbearbeiters anstelle der bislang extern wahrgenommenen Betreuung hat sich als sehr zielführend erwiesen, da die zusätzlichen Ansprüche an die EDV durch das neue Energiewirtschaftsgesetz einen verstärkten Einsatz der EDV erforderlich machen. Außerdem konnte mit dem zusätzlichen EDV-Sachverstand die Internetpräsenz der wbm verstärkt und aktuell gehalten werden.

Die mit hohem Eigen- und Fremdaufwand zum 01.02.2006 und zum 01.08.2006 erstellten Anträge zur Genehmigung des Netzentgeltes für Gas incl. der vielen Begleitberichte und Unterlagen für die Regulierungsbehörde wurden in 2007 und 2008 beschieden. Mit dem letzten Bescheid für das Jahr 2005 vom 27.02.2008, wurde der wbm ein Netzentgelt bis zum 31.12.2008 genehmigt, mit dem die wbm nach dem vereinfachten Verfahren in die 1. Periode der Anreizregulierung ab 01.01.2009 gegangen ist. Die Kürzung des beantragten Netzentgeltes um ca. 10 % und die auch im vereinfachten Verfahren vorgesehenen Kürzungen, bedeuten erhebliche Einschränkungen, der für die Netzunterhaltung bereitstehenden Mittel.

Diese erkennbaren Kürzungen der Netzentgelte waren daher auch die Haupttriebkraft die Kooperationsbemühungen mit den Stadtwerken Willich in 2007 zu intensivieren und im Jahr 2008 zum Abschluss zu bringen.

In mehreren Aufsichtsratssitzungen wurden den Aufsichtsräten in Meerbusch und in Willich die Maßnahmen für eine gemeinsame Kooperation in den Bereichen Netzunterhaltung, Planung und Bau der Netze, Kundenservice, EDV, Personal und Finanzbuchhaltung vorgestellt.

Danach war vorgesehen, dass die wbm und die Stadtwerke Willich eine gemeinsame Servicegesellschaft "Stadtwerke Service Meerbusch – Willich GmbH & Co KG" gründen in der mit Ausnahme der Vertriebe und der Netzverwaltung alle gemeinsamen Aufgaben abgewickelt werden. Von den insgesamt 140 Mitarbeitern beider Betriebe sollten ca. 120 Mitarbeiter in diese gemeinsame Service-Gesellschaft übergeleitet werden. Bei den Wirtschaftsbetrieben Meerbusch und den Stadtwerken Willich verbleiben die Vertriebe und die Geschäftsführungen und alle Sachanlagen, insbesondere die Netze. Die Muttergesellschaften werden weiterhin als lokale Versorger mit eigenen Dienstleistungen, Produkten und Preisgestaltungen über ihre eigenen Vertriebsmarken tätig sein.

Des Weiteren war die Gründung einer Verteilnetz GmbH vorgesehen, die die Netze verwaltet und Ansprechpartner für die Regulierungsbehörden sein wird. Sie wird die Leistungen zur Netzunterhaltung, Erneuerung und Erweiterung an die Service-Gesellschaft vergeben, die ihrerseits plant und baut bzw. diese Leistungen fremd vergibt. Durch diese Lösung kann insbesondere im Bereich der Netze ein großes Synergiepotential gehoben und somit erreicht werden, dass die in der Anreizregulierung vorgegebenen gekürzten Netzeinnahmen mit den Netzkosten zur Deckung gebracht werden können.

Die entsprechenden Verträge wurden in der Aufsichtsratssitzung vom 6.5.2008 beschlossen. Mit Ratsbeschlüssen am 28. und 29. Mai 2008 haben die Räte in Willich und Meerbusch diesen Firmengründungen zugestimmt.

Die Firmengründungen selbst erfolgten am 27.06.2008. Die Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG mit dem Sitz in Willich ist im Handelsregister des Amtsgerichtes in Abteilung A unter Nr. 5741 eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Serviceleistungen im Bereich energie- und Wasserversorgung für Versorgungsunternehmen.

Zum 15. August 2008 wurden insgesamt 36 Mitarbeiter der wbm Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH, 78 Mitarbeiter der Stadtwerke Willich GmbH und 13 Mitarbeiter der Wasserwerk Willich GmbH in die Stadtwerke Willich GmbH zum gleichen Zeitpunkt übergeleitet.
Mit dieser Lösung haben die wbm und die Stadtwerke Willich die notwendigen Konsequenzen aus der Liberalisierung des Energiemarktes gezogen und können nunmehr auf einer breiteren Basis Synergieeffekte und Skalenvorteile nutzen, die es Ihnen erlauben werden die Folgen der Anreizregulierung für ihre Unternehmen zu begrenzen.

Durch den Bau eines gemeinsamen Betriebshofes (beide Unternehmen besitzen zurzeit keine eigenen ausreichenden Betriebshöfe) können weitere Prozessverbesserungen und Einsparungen erreicht werden.

Darüber hinaus wollen die Unternehmen auch im Bereich des Vertriebes zukünftig stärker zusammenarbeiten und gemeinsam mit Dritten Einkaufsvorteile nutzen sowie, ebenfalls in einem größeren Rahmen, eine Plattform zur Lieferung von Energie außerhalb ihrer Versorgungsgebiete nutzen. Im Augenblick wird geprüft, ob ein gemeinsamer Vertrieb für wbm Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH und Stadtwerke Willich GmbH möglich ist, um weitere Synergien zu heben und insbesondere keine parallelen Kompetenzen aufzubauen und trotzdem die Eigenständigkeit der Marken wbm und Stadtwerke Willich zu erhalten.
Für die Mitarbeiter der Verteilnetzgesellschaft ist zwischenzeitlich eine Überleitung in die Servicegesellschaft beschlossen, da die vorgesehene Verpachtung der Netze an die Verteilnetzgesellschaft sich aus Gründen der Netzregulierung zurzeit nicht als opportun erwiesen hat. Die Gesellschaft bleibt jedoch bestehen, um sie ggfs. zu einem späteren Zeitpunkt nutzen zu können.

Ab 01.01.2009 wird der Leistungs- und Entgeltausgleich zwischen wbm Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH und der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG durch einen Betriebsführungsvertrag geregelt. Für das Rumpfgeschäftsjahr 2008 der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG beginnend mit einer Eröffnungsbilanz zum 21.07.2008 (entsprechend der Eintragung ins Handelsregister) wurden die für die Muttergesellschaften getragenen Personalkosten vollständig mit diesen verrechnet. Darüber hinaus wurden im rahmen der Betriebsführung angefallenen Sachkosten nach Schlüsseln den beiden Muttergesellschaften zugeschrieben.

Für die Gaswirtschaftsjahre 2008/2009 und 2009/2010 hat die wbm nochmals einen Vollversorgungsvertrag mit Egon-Ruhrgas abgeschlossen, der der wbm jedoch ein höheres Maß an Flexibilität einräumt als dies die früheren Standardverträge ermöglichten. Die beiden Jahre wird die wbm nutzen, um die EDV-technischen Voraussetzungen und die Datenbasis für einen strukturierten Gaseinkauf ab 2010 zu schaffen.

Im Vertriebsbereich hat die wbm ihr Produktportfolio weiter ausgebaut. Beim Erdgas wurde die Produktfamilie wbm-Standard, wbm-Komfort sowie wbm-online etabliert. Ab dem

01.07.2008 gibt es ein Festpreisprodukt „wbm-fix“, das auch ab 01.07.2009 wieder angeboten wird.

Das Wärmecontracting wird verstärkt weiter durchgeführt und versucht auf Nahwärmelösungen auszuweiten. Darüber hinaus will die wbm prüfen, ob sie Kraftwärmeprojekte realisieren kann. Einen weiteren Schwerpunkt wird die wbm auf die Energieberatung ihrer Kunden legen und somit Effizienzsteigerung nicht nur im eigenen Unternehmen voranbringen, sondern auch beim Energieeinsatz ihrer Kunden.
Mit der Eröffnung der Erdgastankstelle in Lank, im August 2006, hat die wbm ihr Geschäftsfeld erweitert und dem Kunden eine ökonomische und ökologische Variante zum Mineralölverbrauch im Individualverkehr angeboten. Die Absatzzahlen der Erdgastankstelle haben sich auch in 2008 verbessert.

Nach dem bisherigen Geschäftsverlauf für 2009 ist zu erwarten, dass das im Wirtschaftsplan vorgesehene Jahresergebnis von 2,2 Mio. € wohl erreicht werden kann, zumal die Erdgasabgabe (bis einschl. Mai ca. 6%) über dem Vorjahresniveau liegt.

Die in den letzten Jahren sehr volatilen Ölpreisnotierungen haben unsere Bezugspreise ständig geändert. Die wbm wird auch in 2009 ihre auf Preistransparenz ausgelegte Preispolitik weiterführen und die Bezugspreisveränderungen zeitgleich und margenneutral weitergeben. In diesem Jahr hat sie ihre Preise bereits um 33,7% gesenkt und liegt damit sowohl regional als auch überregional sehr günstig und rechnet daher nicht mit einem nennenswerten Kundenwechsel im Heizkundenbereich.

Die Investitionen im Bereich der Gasversorgung werden im Wesentlichen in der Verdichtung und Erweiterung für Neuanschlüsse sowie in der Sanierung bzw. Erneuerung der Versorgungsleitungen aus der Zeit vor 1940 getätigt werden wobei der Austausch begleitend zu städtischen Baumaßnahmen erfolgen soll.

Die Wasserabgabe entspricht dem Vorjahresniveau.

Die Investitionen im Bereich der Wasserversorgung liegen schwerpunktmäßig in der Sanierung der Faserzementrohrleitungen im Versorgungsbereich des Wasserwerkes Lank-Latum. Hier hat die wbm mit dem Wirtschaftsplan 2008 ein Sanierungsprogramm aufgelegt, nach dem in den nächsten Jahren 45 km Faserzementrohrleitungen ausgewechselt werden sollen. Hierfür ist eine Investitionssumme von 2,2 Mio. € vorgesehen.

Die Verpachtung des Stromnetzes endet zum 31.12.2009, zeitgleich mit dem Inkassoauftrag durch RWE. Noch in 2009 soll die Entscheidung über die Zukunft des Stromnetzbetreibers und den Stromhandel in Meerbusch getroffen werden. Zurzeit ist die wbm in Verhandlung mit RWE, um eine Nachfolgeregelung für die derzeitigen Verträge zu treffen, wobei eine Lösung gesucht wird, die die wirtschaftliche Situation im Wesentlichen erhält und einen Einstieg in den Stromvertrieb ermöglicht.

wbm Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH
Manfred Weigand
- Geschäftsführer -

6. Wassernetz Osterath GmbH

Anschrift	Hochstraße 1 , 40670 Meerbusch
Gründungsdatum	27.08.2004 rückwirkend zum 01.01.2004
Gesellschaftsvertrag	21.12.2004
Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens ist die Wasserversorgung im Bereich Meerbusch-Osterath sowie angrenzender Gebiete. Zur Herstellung und Sicherung einer einwandfreien Wasserversorgung ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, andere Unternehmen einrichten, pachten und erwerben. Ferner kann sie Zweigniederlassungen errichten.
Stammkapital	25.000,00 €
Bewertung der städtischen Beteiligung (60%) anhand des Ertragswertes zum 01.01.2007	2.511.900,00 €
Organe	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung Geschäftsführung
Mitglieder der Stadt Meerbusch im Aufsichtsrat	Dieter Spindler - Bürgermeister (Vorsitzender) Leo Jürgens - Ratsmitglied Thomas Jung - Ratsmitglied Lutz Lienenkämper - Ratsmitglied Wolf Meyer-Ricks - Ratsmitglied Winfried Sandt - Ratsmitglied
Mitglieder der Stadt Meerbusch in der Gesellschafterversammlung	Dieter Spindler - Bürgermeister (Vorsitzender) Herbert Becker - Ratsmitglied Holger Losse - Ratsmitglied Heinz Ruyter - Ratsmitglied Petra Schoppe - Ratsmitglied

Nach § 10 des Gesellschaftsvertrages entscheidet die Gesellschafterversammlung über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung. Laut Bericht des Aufsichtrates hat die Geschäftsführung den Aufsichtsrat regelmäßig mündlich oder schriftlich über die Lage und Entwicklung des Unternehmens unterrichtet. Der Aufsichtrat hat Geschäftsvorgänge von wesentlicher Bedeutung mit der Geschäftsführung beraten und bei Entscheidungen im Rahmen der ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben mitgewirkt. Der Prüfbericht wurde fristgerecht erstellt. Dem Vorschlag über die Gewinnverwendung hat sich der Aufsichtsrat angeschlossen.

6.1 Bilanz zum 31.12.2008

AKTIVA	31.12.2008 €	31.12.2007 €
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	31.658	37.617
Sachanlagen	1.854.381	1.833.343
Finanzanlagen		
	1.886.039	**1.870.960**
Umlaufvermögen		
Vorräte		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	647.922	205.223
Guthaben bei Kreditinstitutuen	43.121	91
	691.043	**205.314**
Rechnungsabgrenzungsposten	1.250	2.250
	2.578.332	**2.078.524**

PASSIVA	31.12.2008 €	31.12.2007 €
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000
Kapitalrücklagen	203.176	203.176
Gewinnrücklagen	178.000	72.000
Bilanzgewinn	205.822	176.621
	611.997	**476.797**
Empfangene Baukostenzuschüsse		**3.094**
Rückstellungen	10.410	20.950
Verbindlichkeiten	1.955.925	1.577.683
	1.966.335	**1.598.633**
Rechnungsabgrenzungsposten		
	2.578.333	**2.078.524**

6.2 Gewinn- u. Verlustrechnung

Für den Zeitraum vom 01.01. - 31.12.2008	2008 €	2007 €
1. Umsatzerlöse	1.358.490	1.350.885
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		
3. Sonstige betriebliche Erträge	35.836	35.478
4. Materialaufwand	592.735	580.445
5. Personalaufwand	6.634	7.806
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	97.973	96.066
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	344.235	344.043
8. Erträge aus Beteiligungen		
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.636	1.977
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	55.490	61.122
11. **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**	**298.896**	**298.858**
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	93.695	122.864
a) Ertragssteuern laufendes Jahr		
b) Ertragssteuern Vorjahre		
13. Sonstige Steuern		
14. Jahresüberschuss	**205.201**	**175.994**
15. Gewinnvortrag aus Vorjahr	621	627
16. Bilanzgewinn	**205.822**	**176.621**

6.3 Auszug aus dem Lagebericht für das Jahr 2008

Die WNO-Wassernetz Osterath GmbH wurde rückwirkend zum 01.01.2004 gemeinsam mit vier weiteren Gesellschaften durch die Aufspaltung des Wasserwerkes des Kreises Viersen GmbH gegründet. Sie versorgt den Ortsteil Osterath mit Trinkwasser. Daneben werden für die Stadt Meerbusch die Abwassergebühren eingezogen.

Die wbm Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH hat ab dem Jahre 2005 die Betriebsführung für die WNO im kaufmännischen und technischen Bereich voll umfänglich übernommen.

Die WNO-Wassernetz Osterath GmbH konnte im Geschäftsjahr 2008 einen erfolgreichen Geschäftsverlauf verzeichnen. Der Jahresüberschuss belief sich auf 205.200 T€ (Vorjahr: 176 T€).

Die Erträge aus dem Wasserverkauf betrugen im Jahre 2008 1.350 T€ und liegen damit um 9 T€ über dem Vorjahreswert von 1.3471 T€. Die im Juli 2008 erfolgte Preisanpassung führte nicht in voller Höhe zu einer Erlösverbesserung, da für die WNO in 2008 auch eine Bezugspreisanpassung erfolgte und der Absatz witterungsbedingt um 6.000 m³ zurückging.

Das Gesamtvermögen des Unternehmens hat sich im Berichtsjahr von 2.079 T€ um 499 T€ auf 2.578 T€ erhöht. Ursächlich ist eine zusätzliche Forderung der WNO an den Gesellschafter Stadt Meerbusch aus dem Inkasso für die Abwassergebühr. Durch die nunmehr getrennte Gebührenveranlagung für Schmutzwasser und Niederschlagswasser kam es zu einer Rückerstattung an die Kunden.

Bei den Passiva haben sich vor allem die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter um rd. 490 T€ erhöht

Die Eigenkapitalquote von 15,7 % (Vorjahr: 19,7 %) ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass WNO eine 100 %-ige Gesellschaft der Stadt Meerbusch ist und zudem vorgesehen ist, die WNO 2014 in die WBM einzulegen, die eine ausreichende Kapitalquote hat.

Der Anlagendeckungsgrad, gebildet aus wirtschaftlichem Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital gegenüber dem langfristig gebundenen Vermögen, hat sich um 0,2 % auf 80,0 % verringert und kann als ausreichend gelten.

Das Verhältnis flüssige Mittel plus Forderungen gegenüber kurzfristigem Fremdkapital (Liquidität zweiten Grades) ist am Bilanzstichtag mit 43,7 % (Vorjahr 59,6 %) noch nicht ausreichend und muss verbessert werden. Trotz dieser insgesamt nicht ganz ausreichenden Finanzwerte ist der Bestand des Unternehmens nicht gefährdet, da die WNO als 100%ige Tochter der Stadt Meerbusch kreditwürdig ist.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von 205.821,66 € an den Gesellschafter auszuschütten.

Nach Investitionen in Höhe von 132 T€ in 2007 wurden in 2008 113 T€ investiert, wobei nur notwendige Maßnahmen und Mitverlegungen durchgeführt wurden. Den Investitionen stehen Abschreibungen in Höhe von 98 T€ entgegen, so dass sich das Anlagevermögen per Saldo um 15 T€ erhöht hat.

Auch im Jahr 2009 sollen die Investitionen auf das notwendige Maß begrenzt bleiben. Neben Neuerschließungen soll das Planwerk verbessert werden.

Außerdem soll die Möglichkeit wahrgenommen werden, bei Baumaßnahmen durch Dritte Mitverlegungen zu tätigen.

Die Finanzierung erfolgt durch langfristige Darlehen. Im Zusammenhang mit der Aufspaltung des Wasserwerkes des Kreises Viersen GmbH wurde eine Ausgleichsverbindlichkeit von 360 T€ abgelöst. Im gleichen Zug hat die Stadt Meerbusch als Gesellschafter ein verzinsliches Tilgungsdarlehen in Höhe von 500 T€ gewährt.

Die Risikobewertung der WNO hat das Ziel, Risiken möglichst frühzeitig zu erkennen und soweit wie möglich zu vermeiden bzw. eventuelle Risiken zu beobachten, ggf. zu kontrollieren und durch angemessene Maßnahmen Vorsorge zu treffen.

Auf Grund der Betriebsgröße und der Unternehmenstätigkeit bestehen nur wenige Risiken. Der Betriebsführer erstellt Halbjahresübersichten im kaufmännischen Bereich und berichtet über Gefährdungen des Rohrnetzes und über die Wasserqualität jederzeit. Es sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand des Unternehmens gefährden. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Die im Anhang und im Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass das Unternehmen der öffentlichen Zielsetzung – die öffentliche Versorgung mit Wasser – entsprochen hat.

Ausblick

Der Wasserabsatz der WNO-Wassernetz Osterath GmbH liegt auch in 2008 in der Größenordnung der letzten Jahre. Bis einschließlich Mitte Mai 2009 sind keine größeren Investitionen angefallen. Die Versorgungslage ist stabil.

Insgesamt ist auch für 2009 ein zufriedenstellender Geschäftsverlauf zu erwarten und es ist davon auszugehen, dass das im Wirtschaftsplan vorgesehene Jahresergebnis von 235 T€ erreicht werden kann.

WNO-Wassernetz Osterath GmbH

Manfred Weigand
-Geschäftsführer-

7. Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG

Anschrift	Brauereistraße 7, 47877 Willich
Gründungsdatum	21.07.2008
Gesellschaftsvertrag	
Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens	Erbringung von Serviceleistungen im Bereich der Energie- und Wasserversorgung für Versorgungsunternehmen
Stammkapital	100.000,00 €
Zusammensetzung der Organe	
Gesellschafter	
Kommanditisten:	wbm Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH 50 %
	Stadtwerke Willich GmbH 50 %
Komplementärin:	Stadtwerke Meerbusch Willich Verwaltungs GMBH
Geschäftsführung	Albert Lopez, Manfred Weigand
Mitglieder der Stadt Meerbusch im Aufsichtsrat	Dieter Spindler - Bürgermeister (Vorsitzender)
	Werner Damblon - Ratsmitglied
	Leo Jürgens - Ratsmitglied
	Thomas Jung - Ratsmitglied
	Wolf Meyer-Ricks - Ratsmitglied
	Winfried Sandt - Ratsmitglied
Mitglieder der Stadt Meerbusch in der Gesellschafterversammlung	Dieter Spindler - Bürgermeister

Nach § 10 des Gesellschaftsvertrages unterliegen der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung die ihr gemäß Gesetz und dem Gesellschaftsvertrag zukommenden Aufgaben, insbesondere

a) Änderungen des Gesellschaftsvertrags einschließlich Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen
b) Beitritt neuer Gesellschafter
c) Zustimmung zu Verfügungen über Geschäftsanteile
d) Gründung, Erwerb und Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
e) Wahl des Abschlussprüfers,
f) Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Ergebnisses,
g) Verabschiedung des Wirtschaftsplanes gemäß § 11,
h) Abschluss, Änderung und Aufhebung von Unternehmensverträgen i.S.d. Aktiengesetzes,
i) Auflösung der Gesellschaft,
j) Festsetzung der Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Aufsichtsrates (§ 6 Abs. 6).

7.1 Bilanz zum 31.12.2008

AKTIVA	31.12.2008 €	EB 21.07.2008 €
Aufwendungen für die Ingangsetzung eines Geschäftsbetriebes	170.104	0
	170.104	**0**
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	32.068	0
Sachanlagen	181.757	0
Finanzanlagen	12.433	0
	226.258	**0**
Umlaufvermögen		
Vorräte		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.686.357	0
Flüssige Mittel	35.696	100.000
	1.722.053	**100.000**
Rechnungsabgrenzungsposten	110.467	
	2.228.882	**100.000**

PASSIVA	31.12.2008 €	EB 21.07.2008 €
Eigenkapital		
Kapitalanteile der Kommanditisten	100.000	100.000
Sonderposten für aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung des Geschäftsbetriebs	170.104	0
Rückstellungen	879.674	0
	1.149.778	**100.000**
Verbindlichkeiten	1.079.105	0
	1.079.105	**0**
Rechnungsabgrenzungsposten		
	2.228.882	**100.000**

7.2 Gewinn- u. Verlustrechnung vom 21. Juli – 31. Dezember 2008

	2008 €
1. Umsatzerlöse	4.103.248
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	
3. Sonstige betriebliche Erträge	18.659
4. Materialaufwand	15.301
5. Personalaufwand	3.597.841
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	19.418
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	275.562
8. Erträge aus Beteiligungen	74
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	198
11. **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**	**213.661**
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	43.557
a) Ertragssteuern laufendes Jahr	
b) Ertragssteuern Vorjahre	
13. Sonstige Steuern	
14. Jahresüberschuss	**170.104**

7.3 Auszug aus dem Lagebericht für das Jahr 2008

Geschäft und Rahmenbedingungen

Mitte 2008 entstand die Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG, im Folgenden SG, bei der umfassendes Know-how aus zwei benachbarten Unternehmen, der wbm Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH und der Stadtwerke Willich GmbH zu einem spezialisierten Dienstleistungskonzept verschmolz. Darüber hinaus bietet mit dem Detailwissen über energiepolitische Strukturen und Anforderungen die SG innovative und maßgeschneiderte Lösungen für ihre Muttergesellschaften.

Als Folge der weitreichenden Veränderungen im Energiemarkt – massive Absenkung der Netzentgelte, forcierter Wettbewerb im Endkundengeschäft sowie fortschreitender Gasmarktliberalisierung – erwarten sowohl die wbm Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH als auch die Stadtwerke Willich GmbH einen deutlichen Rückgang ihrer Unternehmensergebnisse, die weder durch interne Optimierungen in den jeweiligen Muttergesellschaften noch durch einen Margenshift zugunsten der Wertschöpfungsstufe Vertriebe kompensiert werden können.

Als kommunale Querverbundunternehmen in den Städten Meerbusch und Willich versorgen die heutigen Partnerunternehmen jeweils mehr als 50.000 Menschen mit Strom, Gas und Wasser. Um auf die o.g. Entwicklungen strategisch adäquat reagieren zu können, wurde eine Optimierung der Ressourcen und Kapazitäten durch eine Kooperation im Bereich Netze, Service, Wasserproduktion, Einkauf und Abrechnung notwendig. Die Neugründung der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG dient diesen Zielen und soll einen Beitrag zur Sicherung der unternehmerischen Eigenständigkeit der Partner leisten. Hierdurch sollen Synergien aus der bestehenden räumlichen Nähe genutzt werden, insbesondere in den Bereichen Netzbetrieb und Shared Services.

Die Vertriebe bleiben zunächst in den Muttergesellschaften, allerdings ist auch hier eine deutliche Zunahme der Komplexität der Prozesse festzustellen, wodurch sich auch für diesen Bereich zunehmend Synergiepotentiale aufzeigen.

Die im Januar 2009 unterzeichneten Betriebsführungs-, Kauf- und Mietverträge regeln für die Kooperationsbereiche die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Müttern und der Tochtergesellschaft.

Die Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG mit dem Sitz in Willich, ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Krefeld in Abteilung A unter Nr. 5741 eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Serviceleistungen im Bereich der Energie- und Wasserversorgung für Versorgungsunternehmen.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse der SG beliefen sich im Jahr 2008 auf insgesamt 4.103,2 T€ und betreffen im Wesentlichen die Personalkostenerstattungen sowie einer Kostenumlage. Technische und kaufmännische Betriebsführungsverträge bestehen mit den Muttergesellschaften ab dem Jahre 2009. Preisanpassungen für die vorgenannten Unternehmen erfolgen über den vereinbarten Pauschbetrag hinaus jährlich entsprechend dem Lohnkostenindex der Tarifverhandlungen für die Versorgungsunternehmen (TVV).

Der Aufwand für Material und bezogene Leistungen in Höhe von 15,3 T€ beinhaltet hauptsächlich Kosten für Betriebsmaterial. Der Personalaufwand beläuft sich auf 3.597,8 T€. Das Betriebsergebnis 2008 liegt bei 213,8 T€. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Kosten der EDV, Rechts- und Beratungskosten, Kosten für den Jahresabschluss, Fort- und Weiterbildungskosten sowie der allgemeinen Verwaltung. Hinsichtlich der Umsatzrentabilität ist der Wert nur beschränkt aussagekräftig, da kein volles Geschäftsjahr betrachtet werden kann. Das Finanzergebnis beträgt -0,1 T€. Der Steueraufwand hat eine Höhe von 43,6 T€ und ist abhängig von der Entwicklung der gewöhnlichen

Geschäftstätigkeit. Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit konnten 213,7 T€ erreicht werden. Das Rumpfgeschäftsjahr 2008 erzielte im Ergebnis einem Jahresüberschuss von 170,1 T€, der in vollem Umfang in den Sonderposten für aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung des Geschäftsbetriebes eingestellt wurde.

Finanzlage

Die Daten des handelsrechtlichen Abschlusses wurden für die Ermittlung aussagekräftiger Kennzahlen nach finanzwirtschaftlichen Kriterien aufbereitet. Die Gesellschaft hatte zum Jahresende ein Gesamtvermögen in Höhe von 2.229 T€. Der langfristige Vermögensanteil hat hiervon einen Anteil von 17,8 % und liegt im Anlagevermögen. Finanziert ist das Gesamtvermögen zu 87,9 % über kurzfristige Verbindlichkeiten sowie über Eigenkapital. Im abgelaufenen Jahr beträgt der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit 351 T€. Er deckt den Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit nicht in vollem Umfang ab. Die im Umlaufvermögen ausgewiesenen liquiden Mittel, Forderungen, sonstigen Vermögensgegenstände und der aktivierten Rechnungsabgrenzung in Höhe von insgesamt 1.833 T€ liegen geringfügig unter den kurzfristigen Verbindlichkeiten von 1.959 T€. Ingesamt beläuft sich das Umlaufvermögen (einschließlich Rechnungsabgrenzung) auf ca. 77,3 % der Bilanzsumme. Das Nettoumlaufvermögen beläuft sich auf jetzt 607 T€.

Vermögenslage

Der vorliegende Jahresabschluss 2008 wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des HGB erstellt und wird von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Heilmaier und Partner GmbH, Krefeld geprüft. Die Bilanz per 31.12.2008 schließt mit einem Volumen von 2,2 Mio. € ab. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen liegt bei 17,8 %, während das Umlaufvermögen einen Anteil von 77,2 % des Gesamtvermögens umfasst. Die Eigenkapitalquote beträgt 12,1 % .Die Verbindlichkeiten haben einen Anteil von 87,9 % am Gesamtkapital, die sich im Kurzfristbereich befinden. Der Anlagendeckungsgrad beträgt 68,2 % da zum Stichtag kein lang- bzw. mittelfristiges Fremdkapital vorhanden war.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres 2008 nicht ergeben.

Risikobericht

In Anlehnung an die gesetzlichen Regelungen des KontraG wird jährlich eine alle Bereiche des Unternehmens umfassende Risikoinventur durchführt, die Risiken bewertet und in einem Risikobericht dokumentiert.
Unterjährig werden alle den Geschäftszweck dienenden Einzelrisiken schon im Prozess der Ausarbeitung bzw. Änderung intensiv beobachtet. Neue Erkenntnisse führen somit zeitnah zu geänderten Maßnahmen und Anpassungen.

Finanzielle Risiken, die die Entwicklung oder den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten, sind nicht erkennbar.
Zur Vermeidung finanzieller Risiken werden folgende Maßnahmen getroffen:

1. Aufstellung eines jährlichen Wirtschaftsplanes sowie eines fünfjährigen Investitions- und Finanzplanes gemäß § 108 Abs. 2, Ziffer 1 a) und b) GO NRW, der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
2. Laufende Überwachung bzw. Soll-Ist-Vergleiche der Planzahlen
3. Laufende Überwachung der kurz- und mittelfristigen Liquidität, wobei vorübergehend nicht benötigte Geldmittel grundsätzlich in Form von Festgeld bei mündelsicheren Kreditinstituten angelegt werden

Verbindliche Vorgaben im Rahmen des Organisationshandbuchs minimieren operative Risiken. Den sich aus der Ausübung der unternehmerischen Tätigkeiten ergebenden Prozessrisiken wird durch umfangreichen Versicherungsschutz Rechnung getragen. Risiken der Kündigung der Betriebsführungsverträge und damit Verlust der Geschäftsgrundlage bestehen durch den Verbund des Unternehmens mit der wbm Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH und der Stadtwerke Willich GmbH nicht. Die Überprüfung des aktuellen Risikoszenarios lässt die Aussage zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken bestanden haben.

Prognosebericht

Nachdem in dem ersten Rumpfjahr 2008 die in der Servicegesellschaft angefallenen Kosten direkt verursachungsgerecht den Muttergesellschaften zugerechnet wurden, wirken ab 2009 die zum 1.1.2009 abgeschlossenen Betriebsführungsverträge. Die Einnahmeseite ist entsprechend der Vertragsgestaltung fixiert und durch Kostenminderungsmaßnahmen kann nunmehr das Jahresergebnis beeinflusst werden. Die Schwerpunkte der Kostensenkungspotentiale sind Personaleinsparungen sowie Insourcing von Dienstleistungen. Diese Maßnahmen werden in 2009 und in den Folgejahren konsequent weiter umgesetzt. Der Stellenabbau erfolgt hierbei sozialverträglich durch natürliche Fluktuation bzw. den Eintritt in den Ruhestand. Frei werdende Stellen werden soweit möglich nicht oder durch interne Interessenten besetzt. Die Aktivitäten der Verteilnetzgesellschaft Meerbusch Willich GmbH (VNG) sollen in 2009 ebenfalls in die Servicegesellschaft verlagert werden. Zunächst war eine Verpachtung der Verteilnetze von den Muttergesellschaften an die VNG geplant, dieses Modell wurde aber aus diversen Gründen zunächst nicht umgesetzt, sondern eine Betriebsführungsvariante gewählt.

Da dieses Vorgehen für die nächsten Jahre geplant ist, sollen die Mitarbeiter aus Effizienzgründen in die SG übergeleitet werden. Ebenso werden die Betriebsführungsverträge zwischen den Muttergesellschaften und VNG auf die SG übertragen. Vorteile ergeben sich hierdurch insbesondere im Bereich der Abrechnung und Buchhaltung. Im Operativen Bereich steht das Unternehmen 2009 vor der zentralen Aufgabe, die aus den Muttergesellschaften übernommenen Geschäftsprozesse zu harmonisieren und zu optimieren; hierbei sind die sich rapide wandelnden Rahmenbedingungen zu beachten. Durch den erforderlichen Stellenabbau sowie die zusätzlichen Anforderungen durch Themen wie Smart Metering, Zweimandantenmodell und strukturierte Energiebeschaffung müssen die Partnerunternehmen ihre aktuelle Positionierung reflektieren und ggf. neu anpassen. Das geplante Jahresergebnis 2009 wird eine geringfügige Unterdeckung ausweisen. Diese wird davon abhängig sein, inwieweit die geplanten Investitionen beauftragt und abgerechnet werden können. Für 2009 sind u. a. Investitionen aus der Übernahme von Materialbeständen und Altbeständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung in einer Größenordnung von 2,7 Mio. € geplant. Das führt zu einer deutlichen Erhöhung der Bilanzsumme im kommenden Jahr.

Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG

Manfred Weigand	**Albert Lopez**
-Geschäftsführer-	**-Geschäftsführer-**

8. Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH

Anschrift	Oberstraße 91, 41460 Neuss
Gründungsdatum	01.01.1996
Gesellschaftsvertrag	26.10.1995
Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens	▪ Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs im Kreis Neuss einschließlich der Anbindung an die angrenzenden Verkehrsgebiete auf der Grundlage des Kreisnahverkehrsplanes. ▪ Ziel des Unternehmens ist die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) innerhalb des Kreises und der einzelnen Kommunen. Zu diesem Zweck kann das Unternehmen insbesondere selbst Linien-, Gelegenheits- und Schülerspezialverkehr mit Kraftfahrzeugen einschließlich schienengebundener Fahrzeuge - organisieren und die Nutzung von Fahrwegen regeln. ▪ Das Unternehmen kann weiterhin Verträge mit solchen Unternehmungen, öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Einrichtungen abschließen, die diesen Zweck fördern, sich hieran beteiligen sowie Mitglied werden. ▪ Möglichkeit, sich anderer Unternehmungen, Körperschaften und Einrichtungen durch den Abschluss entsprechender Verträge zu bedienen. ▪ Erarbeitung und Fortschreibung des Nahverkehrsplans für das Gebiet des Kreises Neuss in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden des Kreises Neuss. Aufgabe der Gesellschaft ist es **nicht**, selbst Fahrleistungen zu erbringen.
Stammkapital	26.200,00 €
Bewertung der städtischen Beteiligung (anhand des Ertragswertes zum 01.01.2007	1.400,00 €
Organe	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung Geschäftsführung
Mitglieder der Stadt Meerbusch im Aufsichtsrat	Bürgermeister Dieter Spindler Ratsherr Jörg Wartchow
Mitglieder der Stadt Meerbusch in der Gesellschafterversammlung	

Gewinn- und Verlustausgleich (§ 13 Gesellschaftsvertrag)

Die Gewinnverteilung erfolgt gem. § 29 GmbH-Gesetz. Der Kreis trägt insbesondere die allgemeinen Verwaltungskosten der Gesellschaft sowie die Kosten für die Erstellung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes bis zur Höhe von 1%-Punkt der Kreisumlage. Übrige Defizite, insbesondere Defizite aus den Verkehren der Gesellschaft, werden entsprechend der Bedienung auf die Städte und Gemeinden bzw. deren Eigengesellschaften verteilt.

Ab dem 01.01.1997 werden die Kosten des ÖPNV über die Kreisverkehrsgesellschaft abgewickelt. 1997 betrug das Aufteilungsverhältnis 60:40. Der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung der Kreisverkehrsgesellschaft mbH haben in der Sitzung am 24.11.1997 beschlossen, dass für die Jahre ab 1998 die ÖPNV-Kosten kreisintern zu 100 % umgelegt werden. Die Stadt Meerbusch erhält dann bis zu einer Kostenverteilungsregelung für die Stadtbahnbedienung durch die Rheinbahn einen Betrag von 70 % aus der Landespauschale als Zuschuss zu den ÖPNV-Kosten der Stadt.

Ab 2004 wurde die Landespauschale von 500.000 € auf 150.000 € gesenkt. Die Gesellschafterversammlung hat am 29.03.2004 beschlossen, dass nach Abzug von Kosten der Kreisverkehrsgesellschaft den Restbetrag an die kreisangehörigen Kommunen in dem bisher vereinbarten Verhältnis zu verteilen.

Rechte der Gesellschafter

§ 12 Abs. 4, 2. Satz

Die Abschlussprüfung muss sich auch auf die Prüfungsgegenstände des § 53 Abs. HGrG erstrecken.

§ 12 Abs. 6

Den Rechnungsprüfungsämtern der Gesellschafter stehen die Rechte gem. § 54 HGrG zu.

Anmerkung: Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung 2008 sind nicht abgebildet, da vom Rhein-Kreis Neuss keine Daten zur Verfügung gestellt wurden.

9. GWG - Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG

Anschrift	Willy-Brandt-Ring 17, 41747 Viersen
Gründungsdatum	12.06.1901
Gesellschaftsvertrag	16.06.2005
Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens	Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung (gemeinnütziger Zweck). Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, sozialwirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind. Die Gesellschaft führt ihre Geschäfte nach Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit im Sinne dieser Satzung. Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll angemessen sein, d. h. eine Kostendeckung einschl. einer angemessenen Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen. Die Gesellschaft ist am 31.12.1989 als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen anerkannt. Sie wird im Jahre 1990 wie bisher die gemeinnützigkeitsrechtlichen zulässigen Geschäfte betreiben.
Stammkapital	8.127.000,00 €
Bewertung der städtischen Beteiligung (2,88%) anhand des Ertragswertes zum 01.01.2007	304.600,00 €
Organe	Vorstand Aufsichtsrat Hauptversammlung
Die Gesellschaft hat einen Verwaltungsbeirat zur Beratung des Aufsichtsrates und des Vorstandes.	
Städt. Vertreter im Verwaltungsbeirat	Bürgermeister Dieter Spindler
Städt. Vertreter in der Hauptversammlung	StVD Thomas Fox StVD Jürgen Wirtz

Gewinn-/Verlustregelung lt. Satzung

§ 17

1. Aus dem Jahresüberschuss abzgl. eines Verlustvortrages aus dem Vorjahr ist der zwanzigste Teil so lange in die gesetzliche Rücklage einzuteilen,
   bis 50 % des Grundkapitals erreicht oder wieder erreicht sind. Die gesetzliche Rücklage darf nur nach den gesetzlichen Vorschriften verwandt werden.

2. Stellen Vorstand und Aufsichtsrat den Jahresabschluss fest, so sollten sie die Hälfte des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einstellen. Sie sind ermächtigt, bis zu 90 % des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einzustellen, bis diese die Hälfte des Grundkapitals erreicht haben, sofern hierdurch die Zahlung der nach § 18 dieser Satzung in Aussicht genommenen Dividende nicht in Frage gestellt wird. Dabei sind Beträge, die in die gesetzliche Rücklage einzustellen sind und ein Verlustvortrag vorab dem Jahresüberschuss abzuziehen.

3. Stellt die Hauptversammlung den Jahresabschluss fest, so kann sie höchstens die Hälfte des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einstellen. Abs. 2 Satz 3 gilt entsprechend.

§ 18

1. Die Hauptversammlung beschließt über die Verwendung des Bilanzgewinns. An die Aktionäre darf hiervon jährlich höchstens 4 % ihrer Einzahlungen auf die übernommenen Aktien ausgeschüttet werden. Soweit der Bilanzgewinn nicht unter die Aktionäre verteilt wird, ist er für die Bildung anderer Gewinnrücklagen oder als Gewinnvortrag zu verwenden.

2. Der Vorstand ist nicht befugt, außerhalb eines von der Hauptversammlung ordnungsgemäß gefassten Gewinnverteilungsbeschlusses den Aktionären oder ihnen nachstehenden Personen oder Gesellschaften Vorteile irgendwelcher Art vertragsgemäß oder durch einseitige Handlungen zuzuwenden. Die Aktionäre, die solche Zuwendungen erhalten haben oder denen die Zuwendungsempfänger nahe stehen, sind zur Rückgabe bzw. zum Wertsatz verpflichtet. Die genannten Aktionäre müssen in diesem Fall an die Gesellschaft - zusätzlich - einen Betrag in Höhe der auf die Zuwendung entfallenden anrechenbaren Körperschaftssteuer, die auf ihre Ertragsteuerverpflichtungen anzurechnen ist, abzuführen.

9.1 Bilanz zum 31.12.2008

AKTIVA	31.12.2008 €	31.12.2007 €
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	55.243	25.343
Sachanlagen	113.874.794	107.271.496
Finanzanlagen	721.077	699.339
	114.651.115	**107.996.178**
Umlaufvermögen		
Vorräte	11.707.972	12.044.003
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	360.356	403.103
Flüssige Mittel	185.536	320.768
	12.253.864	**12.767.873**
Rechnungsabgrenzungsposten	80.120	152.853
	126.985.099	**120.916.905**

PASSIVA	31.12.2008 €	31.12.2007 €
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	8.127.000	8.127.000
Kapitalrücklagen		
Gewinnrücklagen	24.113.500	23.213.500
Gewinnvortrag	90.148	17.335
Jahresüberschuss	1.539.438	1.313.373
	33.870.085	**32.671.208**
Rückstellungen	1.741.009	1.645.941
Verbindlichkeiten	91.374.005	86.599.756
Rechnungsabgrenzungsposten		
	126.985.099	**120.916.905**

9.2 Gewinn- u. Verlustrechnung

Für den Zeitraum vom 01.01. - 31.12.2008	2008 €	2007 €
1. Umsatzerlöse	21.805.673	21.673.055
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	507.135	300.582
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.280.708	1.326.972
4. Materialaufwand	12.062.955	12.636.482
5. Personalaufwand	2.625.095	2.568.340
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.811.628	2.776.859
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.192.542	1.024.802
8. Erträge aus Beteiligungen	30.356	54.920
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	25.559	49.777
Abschreibungen auf Finanzanlagen	22.663	366
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.651.790	2.389.829
11. **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**	**2.282.758**	**2.008.629**
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	168.037	154.039
a) Ertragssteuern laufendes Jahr		
b) Ertragssteuern Vorjahre		
13. Sonstige Steuern	575.283	541.218
14. Jahresüberschuss	**1.539.438**	**1.313.373**
15. Gewinnvortrag aus Vorjahr	90.148	17.335
16. Bilanzgewinn	**1.629.585**	**1.330.708**

9.3 Auszug aus dem Lagebericht für das Jahr 2008

Darstellung des Geschäftsverlaufes und Geschäftsergebnisses

Das im Jahre 1901 als Aktiengesellschaft gegründete Unternehmen hat seinen Sitz in Viersen. Wesentliche Anteilseigner sind der Kreis Viersen (über seine Wirtschaftförderungsgesellschaft) sowie die Sparkasse Krefeld. Hauptgeschäftsfeld des Unternehmens ist die Verwaltung des eigenen Wohnungsbestandes. Weitere Geschäftsfelder sind die Fremdverwaltung (Verwaltung des Wohnungsbesitzes Dritter) sowie auslaufend das Bauträgergeschäft. Der regionale Tätigkeitsschwerpunkt liegt in den Städten und Gemeinden des Kreises Viersen sowie in den Städten Krefeld, Meerbusch und Geldern. Der Geschäftsverlauf des Jahres

2008 war durch folgende wesentliche gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen gekennzeichnet:

Die gesamtwirtschaftliche Lage der Bundesrepublik Deutschland ist im Jahr 2008 durch ein gegen über den beiden voraus gegangenen Jahren deutlich geschwächtes Wachstum gekennzeichnet, hier haben Wirtschafts- und Finanzkrise erste Bremsspuren hinterlassen. Die Wachstumsimpulse kamen 2008 ausschließlich aus dem Inland. Den größten Beitrag zur Wirtschaftentwicklung leisteten die Bruttoinvestitionen. Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen um 5,3% und die Bauinvestitionen um 2,7%. Der Staatskonsum hat 2008 preis bereinigt um 2,2% zugenommen, während die privaten Konsumausgaben stagnierten. Der
Außenbeitrag bremste die wirtschaftliche Entwicklung 2008. Ursache dafür ist der vergleichsweise geringe Anstieg der Exporte um nur noch 3,9%, während die preisbereinigten Importe 5,2% zugelegt haben. Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes für die Jahre 2006 – 2008 sowie seine Verwendung, insbesondere im Bereich der Bauinvestitionen, ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

	2006	2007	2008
Bruttoinlandsprodukt	+3,0%	+2,5%	+1,3%
Private Konsumausgaben	+1,0%	-0,4%	0,0%
Konsumausgaben des Staates	+0,6%	+2,2%	+2,2%
Ausrüstungsinvestitionen	+11,1%	+6,9%	+5,3%
Bauinvestitionen	+5,0%	+1,8%	+2,7%

Für das Jahr 2009 sind aufgrund der Wirtschaft- und Finanzkrise sehr unterschiedliche Prognosen über die Entwicklung des Bruttoinlandproduktes vorhanden. Tendenziell ist jedoch mit einer Stagnation oder gar einem Rückgang zu rechnen.

Bis Ende 2008 hat sich diese drohende Rezession auf dem Arbeitsmarkt noch nicht ausgewirkt. In 2009 ist jedoch bereits ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen. Die Arbeitslosenquote im Dezember 2008 betrug 7,4% (Dezember 2007: 8,1%). Die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt betrug 40,35 Mio. Die Prognosen für das Jahr 2009 gehen aufgrund der Konjunkturabschwächung von einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit aus.

Auf dem Kapitalmarkt waren für das Kreditneugeschäft bis Ende 2008 merkliche Senkungen der Zinssätze gegenüber Ende 2007 zu verzeichnen. Aufgrund unterschiedlicher Szenarien ist das Verhalten der Zentralbanken bezüglich der Entwicklung des Leitzinses schwierig zu prognostizieren. Lediglich die EZB hat noch einen gewissen Spielraum zur Senkung dieser Zinsen. Zinssenkungen, um der Konjunkturabschwächung zu begegnen, und Zinssteigerungen, um drohende Inflationsgefahren einzudämmen, stellen derzeit mögliche Szenarien da. Die Gefahr einer Kreditklemme muss differenziert gesehen werden. Derzeit sind insbesondere Großunternehmen von Einschränkungen der Kreditvergabe betroffen, während mittlere und kleine Unternehmen derartige Einschränkungen bisher nur vereinzelt melden. Im Bereich der Finanzierung von Wohnimmobilien sind derzeit Engpässe nicht absehbar.

Im Bereich der Bauwirtschaft stiegen die Umsätze im Bauhauptgewerbe in 2008 gegenüber 2007 insgesamt um 6,0% auf 85,5 Milliarden Euro. Während die Umsätze im Wirtschaftsbau um 10,0 % und im öffentlichen Bau um 6,0% zulegten, wurde im Wohnungsbau nur ein Zu-

wachs von 1,0 % erreicht. Für das Jahr 2009 wird bestenfalls mit einer Stagnation dieser Umsätze gerechnet, allerdings sind hier die Auswirkungen des Konjunkturprogramms der Bundesregierung insbesondere auf den öffentlichen Bau noch nicht abzuschätzen. Die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe wird für 2008 mit 705.000 und für 2009 mit 700.000 nahezu unverändert geschätzt.

Im Immobilienmarkt erfolgte in 2008 mit dem Verkauf der LEG NRW nach allgemeiner Einschätzung der vorerst letzte große Paketverkauf, da durch die Finanzmarktkrise Finanzierungsmöglichkeiten für
großvolumige Pakete auf absehbarer Zeit stark eingeschränkt sein werden. Auch die Immobilienaktien
konnten sich dem negativen Börsentrend nicht entziehen. So fiel der DIMAX bis Jahresende 2008 um
ca. 66 % gegenüber Ende 2007. Von Januar bis Oktober 2008 wurde in Deutschland der Bau von ca. 148.000 Wohnungen genehmigt. Das waren 2,7 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Der Rückgang der Baugenehmigungen für Wohnungen in Einfamilienhäusern (-5,9 %) ist aber etwas höher ausgefallen als der Rückgang der Baugenehmigungen von Wohnungen in Zwei- und Mehrfamilienhäusern (-2,8 % bzw. -2,4 %). Ausweislich der Jahresstatistik der GDW betrugen die Nettokaltmieten im Bundesdurchschnitt in 2007 4,55 € pro qm, in den alten Bundesländern 4,64 € pro qm und in den neuen Bundesländern 4,38 € pro qm. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Nettokaltmieten häufig unterhalb der Inflationsrate gestiegen sind, während die Betriebskostensteigerungen die Inflationsrate deutlich überschritten, wobei die Heizkosten hier den größten Preistreiber bilden.

Vor diesem wirtschaftlichen Hintergrund ist der Geschäftsverlauf für unser Unternehmen im Bereich des Geschäftsfeldes Wohnungsverwaltung als durchaus zufriedenstellend zu bezeichnen. Die Leerstandsquote ist gegenüber dem Vorjahr (3,1 %) auf 3,0 % gesunken. Die Fluktuationsrate ist von 10,7 % (Vorjahr) auf 10,6 % gesunken. Aufgrund des mittelfristig unbefriedigenden Verlaufs der Geschäftstätigkeit im Geschäftsfeld Bauträgergeschäft werden wir in diesem Bereich nur noch bereits begonnene Projekte abwickeln. Das Unternehmen erwirtschaftete im Geschäftsjahr einen Überschuss von T€ 1.539 (im Vorjahr T€ 1.313). Die positive Ergebnisentwicklung in 2008 gegenüber 2007 resultiert im Wesentlichen aus der Steigerung der Umsatzerlöse aus Hausbewirtschaftung. Es ist beabsichtigt, eine gegenüber dem Vorjahr (22,00 € je Aktie) leicht erhöhte Dividende von 24,00 € je Stückaktie (T€ 371,5) auszuschütten und einen Betrag von T€ 1.200,0 in die Gewinnrücklagen einzustellen. Zu Einzelheiten dieses Ergebnisses wird auf Ziffer 2.2 verwiesen. Das Unternehmen verwaltete am 31.12.2008 4.468 (Vorjahr 4.461) eigene Wohnungen sowie folgende Objekte Dritter: 292 WE, 147 Gewerbeeinheiten, 455 Garagen/ Stellplätze und 9 WEG. Von den eigenen Objekten unterlagen 3.047 der Kostenmiete.

Im Besitz des Unternehmens befinden sich weiterhin 21 Gewerbeeinheiten sowie 1.027 Garagen und 706 Stellplätze. In der regionalen Aufgliederung verteilt sich der Bestand unserer eigenen Wohnungen wie folgt:

Willich	643 WE
Krefeld	133 WE
Meerbusch	695 WE
Nettetal	844 WE
Grefrath	195 WE
Brüggen	169 WE
Viersen	792 WE
Kempen	459 WE

Schwalmtal	361 WE
Tönisvorst	110 WE
Niederkrüchten	21 WE
Geldern	46 WE

Die Umsatzentwicklung in den einzelnen Bereichen kann direkt der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden. Die durchschnittliche Nettokaltmiete des Unternehmens betrug in 2008 4,27 € pro qm. Am Bilanzstichtag betrug der Leer stand 134 WE (davon 64 WE marktbedingt).

Neben den geplanten Großinstandhaltungen wurden im Geschäftsjahr T€ 4.013 für Modernisierungen in die Bauten des Anlagevermögens investiert. Als wesentliche Maßnahme sind hier die Vollmodernisierungen unserer Objekte Schwalmtal-Amern, Mühlenweg; Kempen, Lindenweg; Willich-Neersen, Virmondstr. und Kleinbroicher Str. sowie Osterath, Fröbelstraße zu nennen. Weitere Modernisierungsmaßnahmen betrafen Wohnungszusammenlegungen sowie Einbau von Heizungen und Bädern. Im Bereich der Großinstandhaltung lag der Schwerpunkt im Bereich von Dach- und Fassadensanierung sowie Fenstermodernisierung. Im Neubaubereich lag der Schwerpunkt unserer Tätigkeit auf der Fertigstellung von 22 Seniorenwohnungen (Servicewohnen) in Brüggen-Bracht, Nordwall, 12 Wohnungen in zwei Stadtvillen in Willich, Neusser Straße sowie im Bau einer Rettungswache in Niederkrüchten-Elmpt (Mieterkreis Viersen) und dem Bau von 7 WE in Willich-Wekeln. Die Fertigstellung der beiden zuletzt genannten Objekte ist für die erste Jahreshälfte 2009 vorgesehen.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich um T€ 6.068 auf nunmehr T€ 126.985 erhöht. Wesentliche Ursache für diesen Anstieg waren auf der Aktivseite – bedingt durch unsere Bau- und Modernisierungstätigkeit – der Zuwachs des Anlagevermögens (Grundstücke mit Bauten bzw. Anlagen im Bau) um insgesamt T€ 6.464. Dieser Zuwachs auf der Aktivseite korrespondiert auf der Passivseite mit einer Steigerung des Eigenkapitals um T€ 1.167 sowie einer Zunahme der Verbindlichkeiten (gegenüber Kreditinstituten sowie „sonstige“) um T€ 4.775. Die Bilanz zum 31.12.2008 enthält mit T€ 114.731 (90,3%) langfristig gebundenes Vermögen, dabei handelt es sich im Wesentlichen um Anlagevermögen. Das kurzfristig gebundene Vermögen in Höhe von T€ 12.254 enthält im Wesentlichen Verkaufsgrundstücke, abzurechnende Betriebskosten sowie liquide Mittel. Dieses Vermögen wird durch T€ 112.542 (88,6%) langfristige sowie T€ 14.443 kurzfristige Mittel finanziert.
Die Liquidität war über das ganze Jahr 2008 gegeben. Die Gesellschaft konnte ihre finanziellen Verpflichtungen jederzeit erfüllen. Die Zahlungsbereitschaft ist unter Einbeziehung der Finanzplanung auch für das Jahr 2009 gesichert.

Ertragslage

Die Entstehung des im Jahre 2008 erzielten Jahresüberschusses wird – einschließlich der Vergleichzahlen des Vorjahres – anhand einer von der Summe der Deckungsbeiträge ausgehenden Analyse, abgeleitet aus der Gewinn- und Verlustrechnung, dargestellt.

Im Bereich der Hausbewirtschaftung stehen im Wesentlichen den Erlösen aus Vermietung von T€ 15.452 (Vorjahr 14.515 T€) Instandhaltungskosten von T€ 4.600, Abschreibungen von T€ 2.582 sowie Kapitalkosten von T€ 2.643 gegenüber. Die Erhöhung des Deckungsbeitrages gegenüber dem Vorjahr um T€ 851 resultiert aus dem Anstieg der Erlöse aus Vermietung einerseits sowie der Steigerung von Abschreibungsaufwand und Kapital kos ten andererseits. Der negative Deckungsbeitrag aus Bauträgertätigkeit resultiert im Wesentlichen durch Wertberichtigungen und Abschreibungen, die sowohl aus nicht zum Tragen gekommenen Projekten als auch aus vorsichtiger Einschätzung der Marktsituation resultieren. Die ordentliche

Rechnung schließt mit einem gegen über dem Vorjahr leicht um T€ 108 erhöhten Ergebnis von T€ 1.681 ab.
Das neutrale Ergebnis enthält im Wesentlichen Eingänge auf abgeschriebene Mietforderungen und Auflösungen von Rückstellungen, denen außerplanmäßige Abschreibungen auf Bauten und Finanzanlagen sowie Abschreibungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände gegenüberstehen.

Nachtragsbericht
Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2008 eingetreten.

Risiken der künftigen Entwicklung
Im Rahmen des Risikomanagements überwacht das Unternehmen derzeit 47 potenzielle Einzelrisiken. Die Bedeutung jedes Einzelrisikos wird in einer Matrix definiert, die zum einen die Schadenshöhe (gering, erheblich, schwerwiegend) und zum anderen die Eintrittswahrscheinlichkeit (unwahrscheinlich, möglich, sehr wahrscheinlich) berücksichtigt. Jedes Einzelrisiko wird dann auf Grund dieser Evaluierung in 6 Risikoklassen eingeordnet. In den zwei höchsten Risikoklassen sind keine Risiken vorhanden. Es gibt also weder wirtschaftliche noch rechtliche Gefährdungspotenziale, die innerhalb eines Prognosezeitraums von 2 Jahren zu einer Gefährdung des Unternehmens führen. Die Entwicklung einer Tochtergesellschaft wurde im Geschäftsjahr in die 3. höchste Risikoklasse eingestuft. Das maximale Risiko liegt bei T€ 166. Für die bestehenden geringfügigen Einzelrisiken ist durch entsprechende Wertberichtigung, Rückstellung u. ä. Vorsorge getroffen worden. Größere Risiken aus der negativen Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Situation sind nicht erkennbar.

Chancen der künftigen Entwicklung
Die in den letzten Jahren auf Grundlage eines Portfoliomanagements kontinuierlich durchgeführte Modernisierung bietet zukünftige Ertragspotenziale. Auch das Auslaufen der Wohnungsbindung für ca. 2.000 WE bis zum Jahre 2010 trägt zu einem zukünftigen kontinuierlichen Ertragswachstum bei. Der Neubaubereich mit seinen Investitionsschwerpunkten „Reihenhäuser für kinderreiche Familien“ sowie „Service-Wohnen für ältere Mitbürger“ trägt dazu bei, das Unternehmen auf zukünftige Markterfordernisse einzustellen.

Finanzinstrumente
Als Finanzierungsinstrumente im Bereich unseres Unternehmens sind zu nennen: auf der Aktivseite Finanzanlagen und Forderungen sowie auf der Passivseite Verbindlichkeiten. Weitere Finanzinstrumente (Termingeschäfte, Optionen, Derivate oder ähnliches) werden nicht eingesetzt. Als wesentliches Finanzinstrument sind hierbei die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern in Höhe von 82,3 Mio. € zu sehen. Es handelt sich dabei in der Regel um von Dritten gewährte hypothekarisch abgesicherte Darlehen zur Finanzierung unseres Anlagevermögens. Bezüglich der Einzelheiten wird auf den Verbindlichkeitenspiegel im Anhang zum Jahresabschluss verwiesen. Das Zinsrisiko (Preisänderungsrisiko) wird zum einen wegen der Verteilung der Zinsbindungsfristen auf unterschiedliche Zeiträume und zum anderen wegen der derzeit und absehbar relativ stabilen Zinssituation als gering angesehen. Die übrigen Risiken von Finanzierungsinstrumenten (Ausfallrisiko, Liquiditätsrisiko, Zahlungsstromrisiko) sind in diesem Bereich nicht erkennbar bzw. durch den kontinuierlichen Mittelzufluss der Mieten entsprechend abgesichert. Im Bereich der Forderungen sind eventuell bestehende Ausfallrisiken durch Wertberichtigungen antizipiert. Weitere Risiken sind hier nicht erkennbar. Bei den Finanzanlagen handelt es sich im Wesentlichen um Anteile an verbundenen Unternehmen bzw. Beteiligungen, bei denen Finanzierungsrisiken nicht bestehen.

Prognosebericht

Auf Grund der regional diversifizierten Studien von Empirica (Wirtschaften und Wohnen in Deutschland, regionale Prognosen bis 2015, Wohnungsmarktentwicklung bis 2030) sowie des Pestel-Institutes (regionale Prognosen Bevölkerung, Haushalte, Wohnungsbedarf und Wohnungsnachfrage bis 2010) ist für unseren regionalen Tätigkeitsbereich zumindest bis 2010 noch mit einem leichten Anstieg der Haushalte und damit einer leicht wach senden Nachfrage zu rechnen. Auf Grund dieser Prognosen sieht das Unternehmen seine Bestandsgröße als insgesamt optimal an. Der Schwerpunkt der Weiterentwicklung wird daher im Bereich der Modernisierung gesetzt. Schwerpunkte in einem insgesamt geringen Neubauprogramm werden die Bereiche altersgerechtes Wohnen (Produkt: Service-Wohnen) sowie Wohnen für junge Familien (Produkt: Reiheneinfamilienhaus zur Miete) sein. Auf Grund unserer mittelfristigen Wirtschaftplanung rechnen wir bei leicht steigenden Umsätzen und geplanten weiteren Modernisierungsmaßnahmen für die nächsten Jahre mit einem Jahresüberschuss in der Größenordnung von T€ 1.000. Das Bauträgergeschäft wird von uns rückläufig betrieben.

Der Vorstand
Dipl.- Kfm.
Diether Thelen Peter Ottmann

10. Bauverein Meerbusch eG

Anschrift:	Dorfstr. 12, 40667 Meerbusch
Gründungsdatum:	11.03.1950
Satzung (letzte Fassung):	21.03.1997
Ratsbeschluss:	30.04.1951
Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens	Zweck der Genossenschaft ist vorrangig eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der Mitglieder der Genossenschaft. Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zugelassen; Vorstand und Aufsichtsrat beschließen gem. § 28 die Voraussetzungen.
Genossen 31.12.2008	Geschäftsguthaben von 907 Mitgliedern = 1.605.769,01 €
Beteiligung der Stadt	495 Gesamtanteile (10 Pflicht- und 485 weitere Anteile) 495 Anteile á 153,39 € = 75.928,05 €
Organe	Vorstand Aufsichtsrat Mitgliederversammlung
Vertreter im Aufsichtsrat	Ratsherr Dieter Jüngerkes Ratsfrau Renate Kox
Vertreter in der Mitgliederversammlung	Angelika Mielke-Westerlage, I. Beigeordnete

Rücklage-, Gewinn- und Verlustregelung lt. Satzung

§ 39

1. Es ist eine gesetzliche Rücklage zu bilden. Sie ist ausschließlich zur Deckung eines aus der Bilanz sich ergebenden Verlustes bestimmt.
2. Der gesetzlichen Rücklage sind mindestens 10 % des Jahresüberschusses abzgl. eines Verlustvertrages zuzuweisen, bis die gesetzliche Rücklage 50 % des Gesamtbetrages der in der Jahresbilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten erreicht hat. Die gesetzliche Rücklage ist bei der Bilanz zu bilden.

§ 40

1. Der Bilanzgewinn kann unter die Mitglieder als Gewinnanteil verteilt werden. Er kann zur Bildung von anderen Ergebnisrücklagen verwandt oder auf neue Rechnung vorgetragen werden.

2. Der Gewinnanteil darf 4 % des Geschäftsguthabens nicht übersteigen. Sonstige Vermögensvorteile, die nicht als angemessene Gegenleistung für besondere geldwerte Leistungen anzusehen sind, dürfen den Mitgliedern nicht zugewendet werden.

3. Die Verteilung des Gewinnanteils erfolgt nach dem Verhältnis der Geschäftsguthaben bei Beginn des Geschäftsjahres, für das der Jahresabschluss aufgestellt ist. Die Gewinnanteile sind 14 Tage nach der Mitgliederversammlung fällig.

4. Fällige Gewinnanteile werden durch Überweisung ausgezahlt. Der Anspruch auf Auszahlung der Gewinnanteile verjährt, wenn sie nicht innerhalb von drei Jahren nach Fälligkeit abgeholt sind.

5. Solange ein Geschäftsanteil nicht voll eingezahlt ist, wird der Gewinnanteil nicht ausgezahlt, sondern dem Geschäftsguthaben zugeschrieben. Das gilt auch, wenn das Geschäftsguthaben zur Deckung eines Verlustes vermindert worden ist.

§ 41

Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so hat die Mitgliederversammlung über die Verlustdeckung zu beschließen, insbesondere darüber, in welchem Umfang der Verlust durch Verminderung der Geschäftsguthaben oder Heranziehung der gesetzlichen Rücklage zu beseitigen ist. Werden die Geschäftsguthaben zur Verlustdeckung herangezogen, so wird der Verlustanteil nicht nach dem vorhandenen Geschäftsguthaben, sondern nach dem Verhältnis der satzungsgemäßen Pflichtzahlungen bei Beginn des Geschäftsjahres, für das der Jahresabschluss aufgestellt ist, berechnet, auch wenn diese noch rückständig sind.

10.1 Bilanz zum 31.12.2008

AKTIVA	31.12.2008 €	31.12.2007 €
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.273	1.989
Sachanlagen	24.726.359	23.263.744
Finanzanlagen		
	24.727.632	**23.265.732**
Umlaufvermögen		
Vorräte	1.227.924	1.132.790
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	103.679	102.072
Flüssige Mittel	603.805	215.776
	1.935.408	**1.450.637**
Rechnungsabgrenzungsposten		
	26.663.040	**24.716.369**

PASSIVA	31.12.2008 €	31.12.2007 €
Eigenkapital		
Geschäftsguthaben	1.605.769	1.606.217
Ergebnisrücklagen	7.889.642	7.376.764
Bilanzgewinn	62.101	60.799
	9.557.513	**9.043.781**
Rückstellungen	26.500	23.900
Verbindlichkeiten	17.074.283	15.639.199
Rechnungsabgrenzungsposten	4.745	9.490
	26.663.040	**24.716.369**

10.2 Gewinn- und Verlustrechnung

Für den Zeitraum vom 01.01. - 31.12.2008	2008 €	2007 €
1. Umsatzerlöse	4.160.040	3.965.791
Erhöhung Bestandes an unfertigen Leistungen	95.405	-67.598
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	21.036	26.722
3. Sonstige betriebliche Erträge	112.222	169.817
4. Materialaufwand	1.937.216	1.877.228
5. Personalaufwand	545.907	557.225
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	520.281	459.376
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	118.729	116.767
8. Erträge aus Beteiligungen		
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	30.433	7.110
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	619.424	543.214
11. **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**	**677.577**	**548.033**
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.968	2.505
a) Ertragssteuern laufendes Jahr		
b) Ertragssteuern Vorjahre		
13. Sonstige Steuern	98.630	94.839
14. Jahresüberschuss	**574.979**	**450.689**
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss in Ergebnisrücklagen	512.878	389.890
16. Bilanzgewinn	**62.101**	**60.799**

10.3 Darstellung der Lage

Im Geschäftsjahr 2008 wurde ein Jahresüberschuss von 575 T€ erzielt. Das Ergebnis lag damit um 124 T€ über dem des Vorjahres. Die Verbesserung ist vor allem auf die erstmalige Vermietung der Neubauten auf der Dückers-/ Gereonstraße zurück zu führen.

Zusammenfassend ergibt sich folgende Entwicklung der Ertragslage:

	2008	2007	Veränderung
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse inkl. Bestandsveränderung	4.255	3.898	357
Andere aktivierte Eigenleistungen	21	27	-6
Andere betriebliche Erträge	112	170	-58
Betriebsleitung	**4.388**	**4.095**	**293**
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	1.937	1.877	60
Personalaufwand	546	557	-11
Abschreibungen	520	459	61
Andere betriebliche Aufwendungen	118	117	1
Zinsaufwand	619	543	76
Gewinnunabhängige Steuern	99	95	4
Aufwendungen Betriebsleistung	**3.839**	**3.648**	**191**
Betriebsergebnis	**549**	**447**	**102**
Finanzergebnis	**30**	**7**	**23**
Neutrales Ergebnis	**0**	**0**	**0**
Ergebnis vor Steuern	**579**	**454**	**125**
Steuern vom Einkommen u. Ertrag	4	3	1
Jahresüberschuss	**575**	**451**	**124**
Erstellung in Ergebnisrücklagen	513	390	123
Bilanzgewinn	**62**	**61**	**1**

Der Jahresüberschuss ergibt sich wie im Vorjahr weit überwiegend aus der Hausbewirtschaftung.

Der Wirtschaftsplan für 2008 lässt – bei vorsichtigen Ansätzen – ein positives Ergebnis erwarten. Wir werden auch zukünftig ausreichende Eigenmittel erwirtschaften, die für die Modernisierung des Wohnungsbestandes sowie für künftige Investitionen notwendig sind.

11. Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co KG

Anschrift	Moselstr. 14, 41464 Neuss
Gründungsdatum	07.11.1989
Gesellschaftsvertrag	07.11.1989
Ratsbeschluss	12.12.1989 (Beitritt)
Sendebeginn: „ NE-WS 89,4“	01.12.1991
Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens	Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben, sind: - die zur Produktion und zur Verarbeitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zu stellen; - dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmtem Umfang zur Verfügung zu stellen; - für den Vertragspartner den in § 24 Abs. 4 Satz 1 LRG genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen; - Hörfunkwerbung zu verbreiten; - Beteiligung an anderen Unternehmungen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck, derartige Unternehmen zu erwerben, - Tochtergesellschaften zu gründen, Zweigniederlassungen zu errichten sowie alle den Gesellschaftszweck fördernden Geschäfte vorzunehmen.
Gesellschaftskapital	770.000,00 €
Bewertung der Städtischen Beteiligung anhand des Eigenkapitals zum 01.01.2007	15.900,00 €
Organe	Geschäftsführung durch die Komplementärin Lokalradio Kreis Neuss Verwaltungs GmbH Kommanditisten Gesellschafterversammlung
Vertreter in der Gesellschafterversammlung	Bürgermeister Dieter Spindler

Kommanditisten

Pressefunk Kreis Neuss GmbH & Co KG	577.500 €	75,0%
Kreis Neuss	53.900 €	7,0%
Stadt Neuss	53.900 €	7,0%
Stadt Meerbusch	**15.400 €**	**2,0%**
Stadt Grevenbroich	15.400 €	2,0%
Stadt Dormagen	15.400 €	2,0%
Stadt Kaarst	15.400 €	2,0%
Stadt Korschenbroich	11.550 €	1,5%
Gemeinde Jüchen	7.700 €	1,0%
Gemeinde Rommerskirchen	3.850 €	0,5%

Der Erwerb des Kommanditanteils von 2 % erfolgte durch Vertrag über eine Veräußerung einer Kommanditbeteiligung vom 07./21.08.1990 mit Wirkung zum 01.10.1990 von der bis dahin einzigen Kommanditistin Pressefunk Kreis Neuss GmbH & Co KG. Sie veräußerte 1990 insgesamt 25 % ihrer Kapitaleinlage von 766.937,81 € = 1,5 Mio. DM.

Gewinn- und Verlustregelung lt. Gesellschaftsvertrag § 9 Abs. 5
Ein verbleibender Gewinn oder Verlust wird entsprechend der Beteiligung am Gesellschaftskapital auf die Gesellschafter verteilt. Verluste sind auf dem für jeden Gesellschafter geführten Verlustvortragskonto zu verbuchen und dort mit dem Gewinn der folgenden Jahre vorab zu verrechnen.

Die Gesellschaft hat die Aufgabe, der Veranstaltergemeinschaft für den lokalen Rundfunk im Kreis Neuss e. V. die erforderlichen Anlagen und finanziellen Mittel zum Betreiben eines lokalen Rundfunks zur Verfügung zu stellen und sich Einnahmen durch Werbung zu verschaffen. Das Lokalradio darf aufgrund vertraglicher Vereinbarung Werbung nur von der Gesellschaft übernehmen.

11.1 Bilanz zum 31.12.2008

AKTIVA	31.12.2008 €	31.12.2007 €
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0
Sachanlagen	0	0
Finanzanlagen		
	0	**0**
Umlaufvermögen		
Vorräte	0	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.710	6.784
Flüssige Mittel	27.163	26.939
	34.873	**33.723**
Rechnungsabgrenzungsposten		
	34.873	**33.723**

PASSIVA	31.12.2008 €	31.12.2007 €
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	26.000	26.000
Gewinnvortrag	5.454	4.261
Jahresüberschuss	1.269	1.193
	32.723	**31.454**
Rückstellungen	2.150	2.269
Verbindlichkeiten	0	0
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
	34.873	**33.723**

11.2 Gewinn- und Verlustrechnung

Für den Zeitraum vom 01.01. - 31.12.2008	2008 €	2007 €
1. Umsatzerlöse	0	0
Erhöhung Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	0	12
4. Materialaufwand	0	0
5. Personalaufwand	0	0
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	0	0
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.597	2.200
8. Erträge aus Beteiligungen	2.907	2.867
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.195	943
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0
11. **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**	**1.504**	**1.621**
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	235	428
a) Ertragssteuern laufendes Jahr		
b) Ertragssteuern Vorjahre		
13. Sonstige Steuern	0	0
14. Jahresüberschuss	**1.269**	**1.193**

12. IT-Kooperation Rheinland

Anschrift	Markt 2, 41460 Neuss
Gründungsdatum	01.01.1999
Rechtsform	Zweckverband
Verbandssatzung (letzte Fassung)	14.12.2004
Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens	Gemäß § 2 der Satzung hat der Zweckverband die Aufgabe, die kommunale Datenverarbeitungszentrale für die Verbandsmitglieder zu betreiben und technikunterstützte Informationsverarbeitung (TUIV) im Sinne eines Beratungs-, Software-, Qualifizierungs-, und Produktionsverbundes für seine Verbandmitglieder bereitzustellen.
Stammkapital	100.000,00 €
Bewertung der städtischen Beteiligung (8%) anhand des Ertragswertes zum 01.01.2007	77.000,00 €
Organe	Geschäftsführer Verbandsvorsteher Verwaltungsrat Verbandsversammlung
Mitglieder des Verwaltungsrates	Bürgermeister Dieter Spindler
Mitglieder der Verbandsversammlung	Bürgermeister Dieter Spindler Ratsherr Werner Damblon Ratsherr Hans Werner Schoenauer Ratsherr Wolf Meyer-Ricks

12.1 Bilanz zum 31.12.2008

AKTIVA	31.12.2008 T€	31.12.2007 T€
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.112	918
Sachanlagen	367	216
Finanzanlagen	9	10
	2.488	**1.144**
Umlaufvermögen		
Vorräte	20	19
Forderungen	8.049	5.731
Sonstige Vermögensgegenstände einschl. Rechnungsabgrenzungsposten	360	363
Flüssige Mittel	7.558	7.462
	15.987	**13.575**
Rechnungsabgrenzungsposten		
	18.475	**14.719**

PASSIVA	31.12.2008 T€	31.12.2007 T€
Eigenkapital	2.965	2.338
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	12.282	10.238
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	2.956	1.875
Sonstige kurzfristige Passiva einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten	272	268
	18.475	**14.719**

12.2 Gewinn- u. Verlustrechnung

Für den Zeitraum vom 01.01. - 31.12.2008	2008 T€	2007 T€
1. Umsatzerlöse	18.707	13.169
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		
3. Sonstige betriebliche Erträge	991	392
4. Materialaufwand	5.781	5.542
5. Personalaufwand	10.445	5.600
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	488	412
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.683	1.227
8. Erträge aus Beteiligungen		
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	326	327
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
11. **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**	**627**	**1.107**
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		
a) Ertragssteuern laufendes Jahr		
b) Ertragssteuern Vorjahre		
13. Sonstige Steuern		
14. Jahresüberschuss	**627**	**1.107**

12.3 Auszug aus dem Lagebericht für das Jahr 2008

Die IT-Kooperation Rheinland wird in der Rechtsform eines Zweckverbandes geführt. Seine Verbandsmitglieder sind die Städte und Gemeinden im Rhein-Kreis Neuss sowie der Rhein-Kreis Neuss und die Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der Zweckverband hat die Aufgabe, für seine Verbandmitglieder technikunterstützte Informationsverarbeitung im Sinne eines Beratungs-, Organisations-, Software-, Qualifizierungs- und Produktionsverbundes bereitzustellen.

Ertragslage
Die ITK Rheinland hat im Wirtschaftsjahr 2008 ihren Plan erfüllt. Im Vergleich zum Wirtschaftsplanansatz ist der Jahresüberschuss um 627,2 T€ höher ausgefallen. Aufgrund des kurzfristigen Beitritts der Landeshauptstadt Düsseldorf zum Zweckverband, dessen finanzielle Auswirkungen im Wirtschaftsplan 2008 nicht berücksichtigt wurden, kam es zu Verschiebungen und Überschreitungen bei diversen Sachkonten. Höhere Erträge (+5.387 T€) wurden insbesondere bei den Erlösen aus Weiterverrechnungen der Landeshauptstadt Düsseldorf sowie den Sonderleistungen Anwendungen erzielt. Zu Minderaufwendungen in Höhe von 1.007 T€ kam es bei den Aufwendungen für Abschreibungen der Wirtschaftsgüter. Demgegenüber stehen Mehraufwendungen von 5.767 T€, die im Wesentlichen auf im Wirtschaftsplan 2008 nicht berücksichtigte Personalaufwendungen, die durch den Beitritt der Landeshauptstadt Düsseldorf verursacht werden, zurückzuführen sind.

Die Stadt Neuss hat die ITK Rheinland mit der Beschaffung und der Installation von insgesamt rund 2.000 PCs in Neusser Schulen beauftragt. Dies beinhaltet auch die erforderlichen Supportleistungen sowie die Ausstattung mit einer sogenannten pädagogischen Oberfläche zur Steuerung des PC-gestützten Unterrichts durch die Lehrer. Inzwischen sind 1.475 PCs installiert.

Mit ihrem ASP-Dienstleistungsangebot bietet die ITK Rheinland ihren Verbandsmitgliedern die Möglichkeit, durch Konzentration im Server-Betrieb Synergieeffekte zu erzielen. Dieses Angebot haben insbesondere die Verbandsmitglieder Jüchen, Kaarst, Neuss und Rommerskirchen angenommen. Auch die Landeshauptstadt Düsseldorf als neues Verbandsmitglied und die Stadt Mönchengladbach haben sich entschieden, Angebote in wichtigen Verfahrensbereichen zu nutzen. Das Verfahrensspektrum im ASP-Umfeld wurde auf den Schulbereich ausgeweitet. Alle Schulen in der Landeshauptstadt Düsseldorf und viele Schulen in den Städten Neuss und Grevenbroich nutzen die angebotene Schulverwaltungssoftware.

Vermögenslage
Die Vermögenslage ist gut. Die Anlagendeckung betrug ohne Berücksichtigung der langfristigen Verbindlichkeiten 119,2 % (Vorjahr: 204,4 %). Die Forderung, dass langfristig gebundenes Vermögen durch langfristiges Kapital finanziert sein soll, ist somit vollständig erfüllt.

Im Berichtsjahr wurden 1.833,0 T€ in das Anlagevermögen investiert. Hierbei handelt es sich überwiegend um Softwarelizenzen. Die getätigten Investitionen wurden zu 26,6 % durch Abschreibungen gedeckt. Die Finanzierung erfolgte aus Kassenmitteln und somit ohne Kreditaufnahme.

Finanzlage

Die Liquidität des Zweckverbandes ist durch ausreichende flüssige Mittel gesichert, wobei jedoch zu beachten ist, dass diese auch für die Refinanzierung der künftig fälligen Pensionsverpflichtungen dienen müssen. Die Abstimmung von Fremdkapitalaufnahme und Kapitalbedarf erfolgt mit Hilfe des Vermögens- und Finanzplans.
Die wesentlichen Daten der Finanzlage können der nachfolgenden Kapitalflussrechnung entnommen werden.

		2007	2006
		TEUR	TEUR
	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	627	1.107
+ / -	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	488	412
+ / -	Zunahme der langfristigen Rückstellungen	2.044	453
=	**Cashflow i.e.S**	**3.159**	**1.972**
+	Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen	-2.316	104
+	Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen	**1.085**	**26**
=	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit**	**1.928**	**2.102**
	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-228	-57
-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlageverm.	-1.605	-326
+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	1	1
=	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit**	**-1.832**	**-382**
-	Auszahlungen an Unternehmenseigner (Dividenden)	0	0
-	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-)Krediten	0	0
=	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit**	**0**	**0**
	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	96	1.720
+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	7.462	5.742
=	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	**7.558**	**7.462**
	Zusammensetzung des Finanzmittelfonds am Ende der Periode		
	- Zahlungsmittel	**0**	**0**
	- Zahlungsmitteläquivalente	**7.558**	**7.462**
		7.558	**7.462**

Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 16,0 % (Vorjahr 15,9 %).

Zum Bilanzstichtag stehen Forderungen einschließlich der liquiden Mittel (15.607,2 T€) kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten von 3.124,6 T€ gegenüber. Die langfristigen Rückstellungen in Höhe von 12.201,7 T€ (Vorjahr 10.237,4 T€) haben zum Bilanzstichtag einen Anteil von 66,0 % (Vorjahr: 69,5 %) an der Bilanzsumme.

Nachtragsbericht
Nach Schluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung aufgetreten.

Risikobericht
Wie die Betriebe in der Privatwirtschaft ist auch die ITK Rheinland abhängig von ihren Kunden und deren Finanzausstattung. Hierbei besteht jedoch die Besonderheit, dass die ITK Rheinland sich nahezu auf keinem offenen Markt bewegt, sondern überwiegend für ihre Mitglieder tätig wird. Die ITK Rheinland kann sich damit lediglich in dem finanziellen Rahmen bewegen und entwickeln, der durch ihre Mitglieder vorgegeben wird.
Risiken der künftigen Entwicklung der ITK Rheinland können sich aus der Umsetzung der EU-Richtlinien zur Umsatzsteuer in nationales Recht ergeben. Dies würde zu einer Umsatzsteuerbelastung auf die Entgelte für die für die Mitglieder zu erbringenden Leistungen führen und damit die Leistungen der ITK Rheinland verteuern.
Gegenwärtig sieht der Verbandsvorsteher jedoch aufgrund des bestehenden Finanzierungssystems keine wirtschaftlich bestandsgefährdete Entwicklung.

Mit der Fusion zur ITK- Rheinland verfolgen die Verbandsmitglieder das Ziel, Synergiepotenziale zu erschließen und Kostenvorteile zu realisieren. Grundlage für eine Vielzahl von Konsolidierungsprojekten ist die Entscheidung der Verbandsmitglieder, den Großrechner zu verlassen, die bestehenden Verfahren abzulösen und auf einer PC-orientierten Produktionsplattform zu konsolidieren. Erfahrungen in der anstehenden Größenordnung liegen auch bei anderen kommunalen Datenzentralen kaum vor, sodass auf entsprechende Erfahrungswerte nur eingeschränkt zurückgegriffen werden kann. Durch den Aufbau des eigenen ASP-Produktionsbetriebs verfügt die ITK Rheinland über grundlegende eigene Erfahrungen, auf denen die weiteren Schritte aufbauen können. Dennoch handelt es sich hierbei um ein mehrjähriges, sehr umfangreiches Vorhaben mit verbleibenden Risiken aufgrund der vorliegenden Komplexität.

Voraussetzung dafür, die beabsichtigten Maßnahmen während des vorgesehenen Konsolidierungszeitraums umsetzen und die beabsichtigten Synergien erzielen zu können, sind zeitgerechte Entscheidungen der Verbandsmitglieder für einheitliche Lösungen. Uneinheitliche Verfahrensfestlegungen können dagegen bereits erzielte Synergien gefährden. Die beabsichtigten Synergieeffekte im Personalbereich müssen i.W. erst noch im Rahmen der Konsolidierungsprojekte erarbeitet werden. Die Personalsituation ist als höchst angespannt zu bezeichnen und stellt ein Risiko für die zeitgerechte Umsetzung der beabsichtigten Konsolidierungsmaßnahmen dar.

Ein besonderes Risiko ergibt sich naturgemäß aus der angespannten Haushaltslage der Verbandsmitglieder, da die ITK Rheinland sich als Zweckverband fast ausschließlich durch Aufträge und damit verbundene Einnahmen von ihren Verbandsmitgliedern finanziert. Vor diesem Hintergrund wird für das kommende Wirtschaftsjahr ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 443 T€ erwartet.

Prognosebericht und Chancen

Die Konzentration gleichartiger IT-Aufgaben ermöglicht Synergien und Kostenvorteile für die Verbandsmitglieder. Die ITK Rheinland hat diesen Weg konsequent verfolgt, u.a. durch weitestgehende Einheitlichkeit bei der Auswahl neuer Verfahren, ihr ASP-Angebot sowie fortlaufender Prüfung der Möglichkeiten des In- und Outsourcing unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Folgerichtig haben die Verbandsmitglieder im Vorjahr die Fusion der IT-Bereiche der Landeshauptstadt Düsseldorf und der ehemaligen KDVZ Neuss beschlossen. Der Zusammenschluss erfolgte in 2 Schritten, zum 1. Januar 2008 wurden die Bereiche Anwendungsentwicklung und -betreuung und zum 1. Januar 2009 die Bereiche Systemtechnik zusammengeführt. 2009 ist somit das erste Jahr, in dem der fusionierte Zweckverband in Gänze existiert und arbeitet.

Immer mehr Großrechner-Verfahren stehen vor der Ablösung. Teils stellen die bisherigen Lieferanten die Wartung und Betreuung ein, teils wünschen die Fachämter modernere Verfahren zu nutzen, die nicht mehr für den Host angeboten werden. Aufgrund der vergleichsweise hohen Grundkosten für die Nutzung des Großrechners verringert sich dessen Wirtschaftlichkeit, wenn weniger Verfahren auf ihm produziert werden. Damit verteuern sich letztlich die verbleibenden Verfahren, so dass sich auch hier der Ablösungsdruck erhöht. Daher ist beabsichtigt, den Großrechner nach Möglichkeit bis zum 30. Juni 2012 abzulösen und die verbleibenden Anwendungsverfahren auf PC-basierte Rechnerplattformen zu migrieren oder neue auszuwähren.
Vor diesem Hintergrund lohnt sich der Aufwand einer Konsolidierung der Anwendungslandschaft auf dem Großrechner in der Regel nicht mehr. Bei der Planung der Konsolidierungsprojekte wurde daher in den Vordergrund gestellt, einheitlich neue Verfahren auszuwählen und in einer zentralen Produktionsumgebung umzusetzen. Nur selten erscheint eine Migration der bestehenden Großrechnerverfahren sinnvoll. Trotz fundierter eigener Erfahrungen mit dem Produktionsbetrieb auch großer Anwendungen im PC-Umfeld durch den ASP-Betrieb der ITK Rheinland ist eine Umstellung dieser Größenordnung aufgrund ihrer Komplexität naturgemäß grundsätzlich mit Risiken verbunden, wie auch die angespannte Personalsituation ein Risiko darstellt. Um die Synergieziele hinsichtlich des für die Konsolidierung vorgesehenen Zeitraums und der beabsichtigten Kosteneinsparungen einhalten zu können, sind bei allen Auswahlprozessen zeitgerechte und einheitliche Entscheidungen der Verbandsmitglieder erforderlich.

Auch in dem auf das Berichtsjahr folgenden Jahr wird die ITK Rheinland noch Supportleistungen für das kamerale Kassenverfahren AKD-K außerhalb des Verbandsgebiets erbringen. Im Rahmen der Einführung von NKF wird dieses Verfahren sukzessive durch die NKF-Kasse abgelöst, so dass voraussichtlich im Jahre 2010 diese Dienstleistungen entfallen werden. In 2009 werden jedoch weiterhin Einnahmen hieraus erzielt werden.
Teile der Synergien werden auch dadurch realisiert, dass mit dem bestehenden Personalkörper Dienstleistungen nicht nur für die Verbandsmitglieder sondern auch für andere Partner erbracht werden. Insbesondere die Zusammenarbeit mit der Stadt Mönchengladbach u.a. im Ausländerwesen und Einwohnerwesen hat sich im Berichtsjahr positiv dargestellt und bietet für beide Seiten auch zukünftig Chancen.

Neuss, den 31. Juli 2009
IT-Kooperation Rheinland

gez. Wilfried Kruse
Verbandsvorsteher